Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 6. bis 12. Jan. 55 Goldpfg.
Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 9. Freitag, 11. Januar 1924. 31. Jahrgang.

Die Schuldigen!

Berlin, 10. Januar.

Am heutigen Freitag jährt sich der Tag des widerrechtlichen Einbruchs französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet. Schwerbewaffnet, in voller Kriegsausrüstung, befahl Poincare damals den Einmarsch, obwohl er gleichzeitig in jener der Reichsregierung zur Begründung für den widerrechtlichen Akt übermittelten Note ausdrücklich erklärte, daß seine Regierung nicht daran denkt, „zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten". Der Verlauf des Jahres 1923 hat uns eines anderen belehrt und genau das Gegenteil dessen bewiesen, was Poincare ohne Widerspruch der Welt vor genau einem Jahr in der deutschen Note verkündete und zur Zeit des „siegreichen Einzuges" seiner Truppen in Essen in der französischen Kammer mit unwahrhaftigen Argumenten zu begründen suchte. Unsere Wirtschaft ist ruiniert, die Macht der Reichsregierung ausgeschaltet, militärisch und politisch beherrscht Frankreich das deutsche Ruhrgebiet! Es beherrscht unter dem Druck der Bajonette den Verwaltungsapparat und die Maschinerie der Wirtschaft, aber nicht die Köpfe der deutschen Bevölkerung! Die endlosen Verhaftungen, Ausweisungen und die Blutgerichte gegen harmlose Arbeiterdemonstrationen, die Häufung von Ungerechtigkeiten haben dafür Sorge getragen, daß der Geist der arbeitenden Schichten im besetzten Gebiet in gleichem Maße wie zuvor zu Deutschland —gegen Frankreich steht. Der fortgesetzte Verrat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie an der Arbeiterschaft kann daran nichts ändern!

Man hätte annehmen sollen, daß auch die französische Regierung aus ihren Mißerfolgen, die erst vor wenigen Wochen unser Genosse Blum in der französischen Kammer statistisch nachwies, wenigstens im neuen Jahre die notwendigen Schlußfolgerungen im Interesse des eigenen Landes ziehen würde. Zwar hat Herr Poincare noch vor Jahresschluß seinen Willen zur „Verständigung" kundgetan und Millerand sprach am Neujahrstage von dem Diplomatischen Korps in Paris von der „Morgenröte der Versöhnung", ohne daß bisher aber hiervon irgend etwas in positivem Sinne zu vernehmen wäre. Die französische Antwort auf das deutsche Memorandum zur Herstellung des modus vivendi im Ruhrgebiet dürfte ablehnender Natur sein und in den widerrechtlich besetzten Gebietsteilen setzen die Beauftragten der französischen Regierung ihre Schikanen gegen die Bevölkerung fort. Die Rheinlandkommission maßt sich Rechte an, die immer wieder über ihre Befugnisse hinausgehen und ihren im Versailler Vertrag festgelegten Aufgaben ständig zuwiderlaufen. Erst in den letzten Tagen hat sie sich einer Verhöhnung der deutschen Staatsbürgerrechte und es Volkswillens der pfälzischen Einwohnerschaft geleistet, die selbst in England auf entschiedenen Widerspruch gestoßen ist und deshalb zum Anlaß einer diplomatischen Aktion von einer Regierung gemacht wurde, deren Passivität gegenüber der französischen Politik trotz aller Ungerechtigkeiten gegen die deutsche Bevölkerung und aller Verstöße gegen den Versailler Vertrag geradezu ins Unermeßliche stieg. Es handelt sich um die Anerkennung der sogenannten autonomen Regierung der Pfalz, die nichts anderes bedeutete als die Bestätigung eines Gewaltaktes von politischen Strebern und Beschäftigungslosen gegen die Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung. Die Arbeit dieser sogenannten autonomen Regierung bestand in der Vergeudung von Geld, in der Gewaltanwendung gegen Andersdenkende unter eifrigster Unterstützung des in der Pfalz kommandierten französischen Generals.

Es ist nur allzu begreiflich, daß diese Gewaltherrschaft in der Ermordung des Separatisten Heinz-Orbis, eines Landwirtes und ehemaligen Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei für den Bayrischen Landtag, ihre Antwort gefunden hat. Er büßte mit dem Leben die Vergehen gegen eigene Volksgenossen und starb als Verräter an seinem Vaterlande, zu dem er lediglich aus Sucht nach Macht geworden war. Er wurde so ein Opfer seines Strebertums, das gefördert wurde durch die Haltung der französischen Regierung bezw. ihrer Beauftragten und gefördert werden mußte, weil ohnedem nie eine „Autonome pfälzische Regierung" überhaupt möglich geworden wäre. Insofern ist der intellektuelle Urheber an der Mordtat in erster Linie die französische Regierung, die alle Ungerechtigkeiten ihrer untergeordneten Instanzen nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt hat. Sie hat nicht das geringste Recht, irgend einen Protest gegen eine Missetat loszulassen, die sie schließlich selbst durch die von ihr geduldeten Schandtaten, durch die Behandlung deutscher Volksgenossen wie Hunde hervorrief. Dennoch kann die Tat in Speyer zu einem Besseren führen, wenn die französische Regierung jetzt endlich einsieht, daß der Gewinn technischer Machtpositionen nichts bedeutet, wenn der Geist der Bevölkerung gegen sie steht.

Noch eines müssen wir in diesem Zusammenhang erwähnen: Während wir gegen die Ungerechtigkeiten der französischen Regierung gegenüber unseren Volksgenossen protestieren, stehen wir selbst unter Ausnahmerecht! Die Militärherrschaft ist trotz aller Proteste der großen gewerkschaftlichen Organisationen und selbst der Regierungsparteien bisher noch nicht aufgehoben, obwohl nicht der geringste Grund besteht, sie fortbestehen zu lassen. Es ist unsdeshalb nicht ganz leicht, gegen das Unrecht von außen geharnischten Protest einzulegen, während wir im Innern selbst drangsaliert werden, unsere Zeitungen einem Verbot nach dem anderen verfallen, überhaupt die Ungerechtigkeit triumphiert. Solange dieser Zustand besteht, müssen unsere Proteste, die wir als Deutsche an die Welt richten, ohne Widerhall verschallen!

*

Die Reichsregierung veröffentlicht zum Jahrestag der Ruhrbesetzung einen Aufruf an die deutsche Bevölkerung, in dem das Unrecht der Besatzungsbehörden usw. festgestellt wird. — Wir bedauern nur, daß die Regierung sich nicht mit dem Unrecht beschäftigt, das zurzeit in Deutschland unter der Militärherrschaft tagtäglich vor sich geht.

Die belgische Antwort.

SPD. Paris, 10. Januar. (Eig. Drahtber.)

Ueber die am Mittwoch in später Abendstunde am Quai d'Orsay eingetroffene belgische Antwort auf das deutsche Memorandum kursieren die mannigfaltigsten Versionen. Der Wahrheit am nächsten dürfte „Ere Nouvelle" kommen, wenn sie der Befürchtung Ausdruck gibt, daß zwischen den Auffassungen von Brüssel und Paris eine Brücke bisher noch nicht habe gefunden werden können. Allerdings seien die Meinungsverschiedenheiten nicht mehr so tiefgehend, daß man deshalb an der Möglichkeit einer Einigung verzweifeln müßte. Herr Jaspar wünsche, daß die französisch-belgische Antwort weiteren Verhandlungen mit Deutschland die Tür offen lasse, während Poincares Absicht nur so weit gehe, diese Tür nicht direkt zu verriegeln. Auf jeden Fall aber, meint das Blatt, werde die französisch-belgische Antwort eine starke Enttäuschung in Deutschland hervorrufen, denn man scheine in Berlin noch immer zu hoffen, daß der von der deutschen Regierung bekundete gute Wille nicht ganz unbelohnt bleiben werde. Der von der Industrie beider Länder gewünschte Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs sei auf die Dauer nur möglich, wenn entweder Deutschland Frankreich das Recht einräume, Rheinland-Westfalen als eine Art Dominium zu behandeln, oder aber wenn Frankreich die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität über diese Gebiete gestatte. Das gegenwärtige System jedenfalls sei ein Produkt des Zufalls und der Gewalt und deshalb auf die Dauer unhaltbar.

*

Die Ueberreichung der französischen Antwort ist frühestens für Freitag zu erwarten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß für die Ueberreichung erst der Sonnabend in Frage kommt.

Der englisch-afghanische Konflikt.

SPD. Moskau, 10. Januar. (Eig. Meldung.)

Der englisch-afghanische Konflikt hat bisher eine Lösung noch nicht gefunden. Die englische Presse versichert zwar, daß ein Anlaß zu Beunruhigungen nicht vorliegt. Dem stehen Meldungen gegenüber, die aus Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, in Moskau eingetroffen sind. U. a. wird z. B. von dort gemeldet, daß die an die afghanische Regierung gestellte Forderung, die eigentlichen Mörder der englischen Offiziere und die an dem Morde beteiligten Personen den englisch-indischen Behörden auszuliefern, eine höchst komplizierte Lage schafft, die durch fortgesetzte Meldungen über andauernde Zusammenziehungen englisch-indischer Streitkräfte bei den nach Afghanistan führenden Gebirgsstraßen verschärft wird. Man spricht davon, daß schwere Ereignisse ausbrechen können, noch bevor es der englischen Oeffentlichkeit gelingen werde, einen Angriff der jetzigen englischen Regierung auf Afghanistan zu verhindern. Inwieweit diese Aeußerungen amtlicher russischer Kreise auf Stimmungsmache hinauslaufen, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen.

*

SPD. London, 10. Januar.

In den Kreisen der Arbeiterpartei ist man der Ansicht, daß die Generaldebatte über die Antwortadresse auf die Thronrede noch am Dienstag zu Ende geführt werden kann, sodaß die Arbeiterpartei bereits am Mittwoch in der Lage sein dürfte, ihre oppositionellen Anträge zu stellen. Diese würden dann am Donnerstag zur Abstimmung gelangen und aller Voraussicht nach zum Sturz des Kabinetts Baldwin führen.

Liebeswerben um Moskau.

SPD. Paris, 10. Januar. (Eig. Drahtber.)

Eine der merkwürdigsten Folgen der augenblicklichen internationalen Konstellation, die sich insbesondere seit der Ankündigung des bevorstehenden Abschlusses eines französisch-tschechischen Bündnisses entwickelt hat, ist das starke Werben fast aller Großmächte um Sowjetrußland. England, Frankreich und Italien, von den Staaten der kleinen Entente ganz zu schweigen, alle sind mit Eifer bemüht, die seit Jahren abgerissenen Fäden nach Moskau wieder anzuknüpfen. Man könnte geradezu versucht sein, von einem internationalen Wettrennen auf dem Wege nach Moskau zu sprechen. Insbesondere ist es die sehr aktive italienische Außenpolitik, die unter allen Umständen der Kleinen Entente mit der Anerkennung der Sowjetregierung zuvorkommen möchte und dem von Frankreich angestrebten Block Paris—Prag—Belgrad—Moskau, einen Block Rom—London—Moskau—Berlin entgegenstehen zu wollen scheint. Italien würde dabei den Intentionen der englischen Regierung begegnen, und zwar ist es in London keineswegs mehr die Arbeiterpartei allein, die in der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Moskau die Neuorientierung der englischen Politik sucht. Man wird jedenfalls der „Humanite" nicht ganz unrecht geben können, wenn sie am Donnerstagabend schreibt, daß, während noch vor kurzer Zeit kein Mensch die Sowjetregierung anerkennen wollte, heute die Regierungen fast aller Großmächte von Furcht ergriffen zu sein scheinen, mit ihrer Anerkennung zu spät zu kommen. Rußland sei auf diese Weise das Zünglein an der Wage des europäischen Gleichgewichts geworden.

Zum Beamtenabbau.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat sich bald nach Inkrafttreten der Personalabbauverordnung mit der Frage befaßt, wie die „abgebauten" Beamten neuer positiver Tätigkeit zugeführt und ihnen Existenzmöglichkeit geschafft werden könne. Der von uns bereits früher erwähnte Vorschlag des Heimstättenamts, der auch vom ADB. lebhaft unterstützt wird, erscheint hierfür jedoch nicht ausreichend, weil er sich nicht nur auf die Beamten bezieht, die mit Pension oder Wartegeld ausscheiden und als Unterbringungsmöglichkeit nur die Siedlung vorsieht. In engster Fühlung mit dem Heimstättenamt und mit Fachleuten aus der Praxis hat der ADB. schon vor Weihnachten einen Plan aufgestellt der neben der Ansiedlung auch die Ueberführung in andere, insbesondere technische Erwerbe vorsieht und vor allen Dingen auch für diejenigen Beamten, die nur mit Abfindungssummen ausscheiden, Wege zur Umstellung aufweist. Die Verwirklichung der Vorschläge ist in der Hauptsache auf genossenschaftlichem Wege gedacht und auch nach der finanziellen Seite hin durchführbar gestaltet. Auf Betreiben des ADB. findet am 16. Januar eine Beratung des Planes mit den Regierungsstellen statt, die sich bereits jetzt mit seiner Prüfung befassen.

Der Riß im Berliner Bürgerblock.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag in der Stichwahl nach einem dreimaligen Wahlgang gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Vorsitzenden des Lithographenverbandes Genossen Haas, mit 100 gegen 94 Stimmen der bisherige bürgerliche Stadtverordnetenvorsteher, der Volksparteiler Dr. Caspary wiedergewählt. Bei der Wahl ergab sich, daß der Bürgerblock im Berliner Rathaus nach wie vor regiert. Die Deutschnationalen unternahmen zwar gegen die bürgerlichen Mittelparteien einen Vorstoß durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten, stimmten aber schließlich in der Stichwahl doch mit großer Mehrheit für den bürgerlichen Sammelkandidaten. Zum Entsetzen der Demokraten erklärte der wiedergewählte Stadtverordnetenvorsteher in seiner Antrittsrede, daß er sich durchaus als Kandidat der Bürgerblocksmehrheit fühle. Diese Erklärung genügte, um den demokratischen Kandidaten für den Stellvertreterposten zu einem Verzicht auf seine Wiederwahl zu veranlassen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß angesichts dieser Vorgänge die Position Dr. Casparys im Berliner Rathaus in kurzer Zeit unhaltbar wird.

Die Zuflucht der Hitlerfreunde.

SPD. München, 10. Januar.

Bekanntlich hält sich ein Teil der flüchtigen Hitler-Putschisten in Tirol auf, bisher unbehelligt von der dortigen Landespolizei. Sie scheint sich aber jetzt eines anderen besonnen zu haben, indem sie nämlich den gefährlichsten Hetzer aus München, Herrn Hermann Esser, des Landes verwiesen hat. Esser hat Tirol bereits verlassen und sich in das Lager der Bozener Faschisten begeben, wo er gewiß mit offenen Armen aufgenommen wurde. Dagegen befindet sich der militärische Führer des ehemaligen Kampfbundes, Hauptmann Göhring, immer noch im Innsbrucker Hospital, obwohl er von seiner Verwundung wiederhergestellt ist.

Im Verfassungsausschuß erfolgte am Donnerstag die Abstimmung über die Verminderung der Mandatszahl für den bayrischen Landtag. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Herabsetzung der Abgeordnetenzahl auf die Hälfte wurde mit einfacher Mehrheit dem Vorschlag des Regierungsentwurfes zugestimmt, der 114 Abgeordnete vorsieht. Da aber im Plenum für diesen Antrag eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, ist bestimmt damit zu rechnen, daß schließlich der Antrag der Bayrischen Volkspartei, der 128 Mandate vorsieht, angenommen wird, sodaß dann auf je 62 000 Einwohner in Bayern ein Abgeordneter trifft.

Der Hitlerprozeß.

SPD. München, 10. Januar.

Im Prozeß gegen die Hochverräter des 8. und 9. November ist am Donnerstag die Anklageschrift des Staatsanwalts dem Gericht zugestellt worden. Als Führer des vollendeten Hochverrats sind 9 Personen angeklagt, und zwar: Hitler, Ludendorff und sein Stiefsohn (ein Leutnant der Infanterieschule), der ehemalige Polizeipräsident Poehner, der stellvertretende Polizeipräsident Frick, die ehemaligen Offiziere Röhm, Weiß, Weber, die militärischen Führer des Kampfbundes und außerdem noch ein Leutnant Brückner.

Ein pfälzischer Separatistenführer ermordet.

Paris, 10. Januar.

Der „Daily Mail" wird aus Mainz mitgeteilt, daß der Präsident der separatistischen Regierung in der Rheinpfalz, Heinz Orbis, gestern abend um 9 Uhr 30 in einem Restaurant in Speyer ermordet wurde.

Es werden folgende Einzelheiten gemeldet: Drei Unbekannte drangen plötzlich in den Saal ein und riefen „Hände hoch". Sie gaben sofort Feuer und Heinz Orbis, der gerade zu Abend speiste, brach tödlich verwundet zusammen. Einer der Tischgäste wurde leicht verwundet. Die Attentäter sind entkommen. Die Polizei- und Besatzungsbehörden haben in der ganzen Stadt Haussuchungen vorgenommen. Sämtliche Automobile, die Speyer verlassen, wurden untersucht. „Daily Mail" vermutet, daß die Attentäter einer nationalistischen Organisation angehören.

SPD. Paris, 10. Januar.

Ueber die Ermordung des pfälzischen Separatistenführers Heinz wird von den französischen Agenturen folgende Darstellung verbreitet: Heinz habe in dem Hotel, wo er gewöhnlich zu speisen pflegte, gerade mit dem Abendessen begonnen, als gegen ½10 Uhr abends drei junge Leute nach ihm fragten. Der Besitzer des Hotels habe sie zu Heinz geführt, worauf einer von ihnen von rückwärts Pistolenschüsse abgegeben habe. Heinz sei lautlos vom Stuhl gesunken. Der Mörder habe dann noch einen der beiden Begleiter Heinz' tödlich verletzt. Der andere habe sich an den Tisch eines französischen Offiziers geflüchtet. In der allgemeinen Verwirrung sei es einem der Verschwörer gelungen, das elektrische Licht auszulöschen. Auf ihrer Flucht sollen die Mörder noch zwei Personen tödlich und mehrere andere leicht verletzt haben. Der „Temps", der der Ermordung Heinz seinen heutigen Leitartikel widmet, versucht England mit der moralischen Verantwortung für die Tat zu belasten da die englische Regierung bei den wiederholten Demarchen in Paris offenbar die Gegner des Separatismus ermutigt habe. Allerdings, fügt das Blatt hinzu, sei auch die französische Politik von Fehlern nicht ganz frei. Die französische Regierung habe bereits vor zwei Monaten von London her eine ernste Warnung erhalten mit der Ankündigung des englischen Premierministers, daß die Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich in den besetzten Gebieten mehr und mehr unmöglich werde. Die französische Regierung hätte darauf in doppelter Richtung reagieren müssen. Sie hätte einerseits den englischen Wählern klar machen müssen, daß die französische Reparationspolitik keinerlei Ziele verfolge, die nicht mit den Interessen Englands vereinbar sein würden. Sie hätte andererseits so schnell wie möglich nach einem gerechten und praktischen Arrangement zwischen Deutschland und seinen Gläubigern streben müssen. Das aber sei unmöglich gewesen, weil sich die französische Regierung über ihren Weg selbst nicht im klaren gewesen sei. In den deutsch-französischen Beziehungen habe man seit einiger Zeit den Eindruck einer bevorstehenden Entspannung. Es wäre in höchstem Grade bedauerlich, wenn die Vorgänge in der Pfalz zu einer neuen Spannung führen und die Verständigungsmöglichkeiten erneut kompromittiert würden.

*

An dem Blut, das deutschen in Speyer vergossen wurde, gibt es nur einen wahrhaft Schuldigen: die französische Regierung. Sie hat durch ihren Beauftragten, den General de Metz, den Putsch begünstigt, durch den die Pfalz einer wüsten Verbrecherherrschaft ausgeliefert wurde. Sie hat dem lichtscheuen Gesindel, das in der Pfalz seine ruchlose Herrschaft ausübt die Tore der Amtsgebäude geöffnet und ihm geholfen, den legalen Widerstand der Bevölkerung gegen seine angemaßte Gewalt zu brechen. Wenn dieser unerträgliche Zustand jetzt zu blutigen Taten geführt hat, so mag man zu ihnen und den Tätern stehen, wie man will, sie sind nur eine Konsequenz der von der französischen Regierung ausgeübten, Recht und Vertrag hohnsprechenden Unterdrückungspolitik.

Die französische Besatzungsmacht hat in der Pfalz die Entwaffnung der Bevölkerung mit unerbittlicher Strenge durchgeführt. Selbst der Besitz feststehender Messer wird bei Personen, die nicht die Grenzen der Besatzungszone überschreiten, streng bestraft. Den Separatisten aber wurde gestattet, mit Gewehren, Revolvern und Maschinengewehren ausgerüstet, rheinaufwärts in die Pfalz einzubrechen und die Herrschaft an sich zu reißen. Während sonst die Ansammlung von mehr als fünf Personen streng verboten ist, wurde den Separatisten jeder bewaffnete Aufzug, jede bewaffnete Versammlung gestattet. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die Bürgermeister der Städte und der Landgemeinden gezwungen, sogenannte Loyalitätskundgebungen zu unterzeichnen. Diese erpreßten Urkunden wurden dann nach Koblenz, zum Sitz der Rheinlandkommission geschickt, und dort wurde dann berechnet, soundsoviel Gemeinden, vertreten durch ihre Bürgermeister, hätten ihren Anschluß an die separatistische Regierung erklärt, also besitze diese das „Vertrauen" der Mehrheit der Bevölkerung. Inzwischen hatten bereits die französischen Gendarmen unternommen, dieses „Vertrauen" zu sichern, indem sie sich mit Maschinengewehren gegenüber den Regierungsgebäuden häuslich einrichteten und ihren Schutz übernahmen.

Die neuen „Herren" gingen sodann mit den rücksichtslosesten Erpressungen, sogenannten Requisitionen, gegen die Bevölkerung vor. Jeder Widerstand wurde mit dem Tode bedroht. Standgerichte verkündeten Todesstrafen, die jedoch mit Geldstrafen abzulösen waren. So lautete in einem Falle das Urteil auf Tod oder 10 000 Dollar Geldstrafe, auf dem Verhandlungswege gelang es jedoch, die Strafe auf 2000 Dollar herabzusetzen.

Die Presse wird gezwungen, die Verlautbarungen der regierenden Verbrechergesellschaft an der Spitze abzudrucken. Eine strenge Vorzensur ist eingeführt. Widerstand ist aussichtslos, da jeder Gegner der separatistischen Bewegung vogelfrei ist.

Die Führer dieser Bewegung sind zum größten Teil wüste Abenteurer und mehrfach bestrafte Verbrecher. Die „Anhänger" sind fast ausschließlich junge Leute in noch nicht wahlfähigem Alter und sind aus allen Weltgegenden zusammengelaufen. Pfälzer befinden sich sehr wenige darunter. Einen gewissen, wenn auch nicht starken Anhang besitzt die Bewegung bei den Bayern. In der Arbeiterbevölkerung versuchte sie durch den syndikalistischen Führer Kunz, der damit zugleich die Geschäfte der AAU. (der syndikalistischen Arbeiterunion) besorgen will, Boden zu fassen, das ist ihr aber nicht gelungen.

Am 20. Dezember v. J. überreichte eine Deputation von 15 Personen, Vertretern der Städte, der Gewerkschaften, der Angestelltenverbände und der Betriebsräte, der Rheinlandkommission in Koblenz einen Protest der Bevölkerung, der in überzeugender Weise die in der Pfalz herrschenden furchtbaren Zustände schildert und in folgenden Forderungen gipfelt:

1. Wiederherstellung der deutschen Verwaltungsrechte und Garantien dafür, daß die alten rechtmäßigen staatlichen und gemeindlichen Behörden ihre Funktionen verfassungsgemäß ausüben und die Gerichte die Rechtspflege unabhängig ausüben können.
2. Versammlungs- und Redefreiheit im Rahmen des Rheinlandabkommens.
3. Unantastbarkeit der persönlichen Freiheit und des Privateigentums im Rahmen der deutschen Rechte und des Rheinlandabkommens.
4. Rückgängigmachung aller durch die Separatisten vorgenommenen Verhaftungen, Ausweisungen und Beschlagnahmen durch die Besatzungsmächte.
5. Entwaffnung der Separatisten und Wiederbewaffnung der deutschen Gendarmerie und Polizei.

Der Protest der Städte und der Gewerkschaften schließt nach der Versicherung, „daß fast niemand in der Pfalz von einer autonomen Regierung etwas wissen will", mit den Worten:

Sie (die Vertreter der Bevölkerung. Red.) setzen in die Hohe Interalliierte Kommission das Vertrauen, daß sie den hier vorgetragenen Wünschen der genannten pfälzischen Bevölkerung Rechnung tragen und diese von dem auf ihr lastenden furchtbarer seelischer Druck baldigst befreien wird.

Leider blieb dieser legale Schritt der arbeitenden Bevölkerung ohne jeden direkten Erfolg. Wohl gab der französische Bezirksdelegierte von Zweibrücken, der Oberstleutnant Defoort, seiner Empörung über die Schandwirtschaft seiner Regierung Ausdruck, indem er auf eigene Faust den Separatisten die Anerkennung verweigerte — er wurde desavouiert. Wohl gab die englische Regierung ihrem Mißfallen an dem Spiel der französischen Regierung in der Pfalz deutlichen Ausdruck — die Stimme des Alliierten wurde, wie gewöhnlich, mißachtet. Der furchtbare Druck wurde nicht nur erleichtert, sondern noch verschärft. Trotzdem hielten die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung an ihrer Hoffnung fest, es werde ihnen gelingen, auf friedlichem Wege ihr Recht zu erlangen, und die blutigen Ereignisse von Speyer sind ihnen überraschend gekommen.

Trotzdem kann das, was in Speyer geschehen ist, nach dem hier Geschilderten keine Verwunderung erregen. Es ist, um es nochmals zu sagen, eine Folge der von der französischen Regierung in der Pfalz betriebenen unehrlichen, dem Friedensvertrag und dem Rheinlandabkommen hohnsprechenden Politik. Es mag in der Pfalz über die allerjüngsten Ereignisse verschiedene Meinungen geben, eine Meinung besteht darüber, daß die von den französischen Bajonetten gestützte Verbrecherherrschaft nicht zu ertragen ist. Eine Meinung wird auch darüber bestehen, daß die Schuld an dem verflossenen Blut auf die Häupter der französischen Regierung kommt und daß nur die Wiederherstellung des Rechts imstande ist, weitere unheilvolle Ereignisse zu verhindern.

Heinz-Orbis Kandidat der Deutschen Volkspartei.

Heinz-Orbis ist identisch mit dem Franz Joseph Heinz, der von der Deutschen Volkspartei bei den Wahlen am 6. Juni 1920 im Wahlkreis 11, Kirchheimbolanden-Rockenhausen-Obermoschel, als Kandidat aufgestellt war und 9994 Stimmen erhielt. Er wäre bei einem der nächsten ausscheidenden Landtagsmitglieder als Vertreter der Deutschen Volkspartei in den Bayrischen Landtag eingezogen.

Wie würde wohl die ganze bürgerliche Presse aufheulen, wenn Heinz-Orbis nicht Volksparteiler, sondern — Sozialdemokrat wäre?

Ausnahmezustand und Wahlfreiheit.

SPD Weimar, 10. Januar. (Eig. Drahtber.)

Der Militärbefehlshaber in Thüringen hat eine Verordnung über die Durchführung der Landtagswahlen erlassen. Es heißt darin: „Wahlberechtigte Personen, die die politische Anschauung der verbotenen Parteien und Organisationen vertreten, werden in der Ausübung ihres Wahlrechts nicht behindert. Die genannten Personen können Wahlorganisationen (Vereinigungen, Ausschüsse usw.) bilden, die sich ausdrücklich als solche bezeichnen und sich lediglich auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahl beschränken müssen. Versammlungen von Wahlberechtigten der genannten Personen sind nur gestattet, soweit es sich um reine Wahlversammlungen handelt. Alle derartigen Versammlungen sind anmeldepflichtig. Diese Versammlungen werden durch die Polizeibehörden überwacht; auch können hierzu Kommandos der Reichswehr herangezogen werden. Die Versammlungen werden aufgelöst, wenn sie sich nicht in dem gegebenen Rahmen halten und z. B. Organisationsangelegenheiten der verbotenen Parteien behandeln. Auch können diese Versammlungen jederzeit aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vom Militärbefehlshaber verboten, ebenso in dringenden Fällen von den überwachenden Exekutivorganisationen und Militärkommandos aufgelöst werden, wenn im Verlauf der Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eintritt. Für alle Wahlberechtigten ist angeordnet: Irgendwelche Gewalttätigkeiten oder Behinderung von Personen bei Wahlversammlungen usw. oder bei der Wahl selbst sind verboten. Zuwiderhandelnde werden festgenommen (eventl. Schutzhaft). Eine strafrechtliche Verfolgung tritt in jedem Falle ein. Alle Flugblätter, Handzettel, Extrablätter oder sonstige derartige Druckerzeugnisse, die lediglich Wahlpropaganda betreiben, sind gestattet. Sie bedürfen jedoch vor ihrer Veröffentlichung und Verbreitung der Genehmigung der zuständigen Reichswehrgruppe. Sie müssen bei der Veröffentlichung enthalten: den Genehmigungsvermerk der betreffenden Reichswehrgruppe, die Angabe der Druckerei und die Bezeichnung der betreffenden Partei der Wahlorganisation."

*

Die Verordnung beweist nur eines: der Ausnahmezustand ist mit der Freiheit der Wahl unvereinbar. Er kann nicht korrigiert oder gemildert, er muß endlich beseitigt werden. Auch die Bestimmungen, die die Militärgewalt in Thüringen getroffen hat, bilden eine schwere Einschränkung der freien Ausübung des wichtigsten Staatsbürgerrechts. Für jedes demokratische Gefühl ist es ja überhaupt unerträglich, daß der Staatsbürger, der als Wähler in Ausübung des Souveränitätsrechtes des Volkes handelt — alle Macht geht vom Volke aus, heißt es in der Verfassung — unter die Vormundschaft der Militärgewalt gestellt wird. Denn das verneint der Sinn jeder demokratischen Verfassung.

Dazu kommt, daß die Bestimmungen ganz lautschukartig sind. Was das unter thüringischen Verhältnissen bedeutet, ist von vornherein klar. Die Versammlungen des bürgerlichen „Ordnungsbundes" werden völlig ungehindert sein. Umsomehr werden die sozialistische und kommunistische Wahlagitation gehemmt werden. Der künftige thüringische Landtag wird also nicht aus unbeeinflußten Wahlen hervorgehen und seine Zusammensetzung ist von vornherein sehr anfechtbar.

Wahlen unter Kontrolle des Militärs wären aber auch aus einem anderen Grund unbedingt zu vermeiden gewesen. Es ist die größte deutsche Sorge, ob die Reichstagswahlen im besetzten Gebiet frei und unbehindert von den Besatzungsmächten vor sich gehen können. Es ist eine Schwächung der deutschen moralischen Position gegenüber Frankreich und Belgien, wenn die Reichsregierung selbst eine Einschränkung des demokratischen Grundrechts durch Militärgewalt zuläßt. Gewiß handelt es sich dabei um eine innere deutsche Angelegenheit. Aber der Kampf gegen die französische Gewalt kann erfolgreich nur geführt werden durch den Appell an die demokratischen Ueberzeugungen der Welt. Dieser wird aber durch den Ausnahmezustand gerade verhindert. Es ist deshalb absolut notwendig, daß der militärische Ausnahmezustand endlich verschwindet.

Die Einheitsliste: Berufs- und Sportvereinigung.

In Thüringen ist nach langwierigen Verhandlungen endlich die sogenannte „Einheitsliste" der bürgerlichen Parteien ohne die Nationalsozialisten und, was schließlich dasselbe ist, die Deutschvölkischen, zustande gekommen. Satonisch muß selbst das „Berliner Tageblatt" feststellen, daß die ganze Liste den Eindruck einer Berufs- und Sportinteressenvertretung macht und für den Parlamentarismus einen Nackenschlag bedeutet. Die Hausbesitzer, Gastwirte, Viehhändler, Turner und sonstige Berufsgattungen — es fehlen nur die berufsmäßigen Steuerdefraudanten — sind an aussichtsreicher Stelle auf der Liste vertreten. Die Verteilung der Sitze an Berufsvertretungen spricht dafür, daß die bürgerlichen Parteien in Thüringen das Gegenteil ihres erstrebten Zieles erreichen werden, weil durch ihre Taktik innerhalb der thüringischen Arbeiterschaft die Klasseninteressen verstärkt wachgerufen und sie gewissermaßen aufgefordert werden, die Liste ihrer Klasse, die Sozialdemokratie, zu wählen.

*

Im Anschluß an die Meldung über den Austritt des thüringischen Polizeioberst Müller-Brandenburg aus der Sozialdemokratie wird die Nachricht verbreitet, daß auch der Präsident der Thüringischen Staatsbank, Genosse Loeb, aus der Partei ausgetreten sei. Das ist unzutreffend.

Internationale Jugendtagung.

Hannover, 9. Januar. (Eig. Drahtber.)

Im Anschluß an die Internationale Erziehungskonferenz trat in Hannover das Exekutivkomitee der Sozialistischen Jugendinternationale zu einer Sitzung zusammen. Nach dem Bericht des Sekretärs über die Arbeiten der Internationale seit dem Gründungskongreß in Hamburg dankte Genosse Westphal-Deutschland für das bisherige Ergebnis der von der Internationale eingeleiteten Hilfsaktion für den deutschen Jugendverband, an der sich Oesterreich, Deutsch-Böhmen, Belgien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Italien und Ungarn beteiligten. An der Spitze stand der holländische Verband mit einer Spende von 5000 holländischen Gulden, die die holländische Jugend aus eigenen Mitteln aufbrachte.

Die Konferenz regelte dann die Finanzierung des Sekretariats und legte den Schlüssel für die Delegation zu internationalen Kongressen fest und wählte (einstimmig) Berlin zum definitiven Sitz des Bureaus und Genossen Ollenhauer zum internationalen Sekretär.

Im Verlaufe der weiteren Beratungen wurde beschlossen, die auf Anregung der Sozialistischen Jugendinternationale vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam beschlossene Antikriegskundgebung am dritten Sonntag im September mit allen Mitteln zu unterstützen. Am Jahrestage des Kriegsausbruches sollen außerdem in allen sozialistischen Jugendverbänden Veranstaltungen stattfinden, die auf die unheilvollen Folgen des Tages hinweisen und die im September vorgesehene Kundgebung vorbereiten sollen. Die Septemberkundgebung wurde gleichzeitig zum Internationalen Jugendtag 1924 der Sozialistischen Jugendinternationale bestimmt.

Bei der Besprechung der internationalen Wanderfahrten sozialistischer Jugendlicher wurden Beschlüsse gefaßt, die die verschiedenen vorhandenen Mißstände beim Wandern einzelner Jugendlicher im Auslande eindämmen und das vorbereitete und geordnete Wandern geschlossener Gruppen fördern sollen.

Weiterhin wurde beschlossen, im Laufe dieses Jahres eine mehrtägige sozialistische Führerbesprechung in einem der bereits bestehenden Ferienheime der sozialistischen Jugend abzuhalten. Am Schluß der Beratungen, die vom besten kameradschaftlichen Geist beseelt waren, wurde in Aussicht genommen, die nächste Sitzung des Internationalen Bureaus Anfang Juni während des internationalen Gewerkschaftskongresses abzuhalten und dann vor allem Fragen des wirtschaftlichen Jugendschutzes zu besprechen.

Die Verhaftungsblamage.

SPD. Dresden, 10. Januar. (Eig. Drahtber.)

Regierungsrat Westphälinger ist heute nach 40tägiger Dauer aus der Schutzhaft entlassen worden, nachdem der seinerzeit aus den gleichen Gründen verhaftete Oberregierungskommissar Mierisch schon kürzlich freigelassen wurde. Beiden Genossen war zur Last gelegt worden, daß sie im Herbst vorigen Jahres Waffen, die für die Ausrüstung der sogenannten blauen Polizei bestimmt waren, in die Hände der proletarischen Hundertschaften spielen wollten. Dieser Verdacht stellte sich aber schon nach kurzer Zeit als falsch heraus. Die sächsische Regierung gab damals die ausdrückliche Erklärung ab, daß sie auf eine unbedingt sichere Lagerung der Waffen bedacht gewesen sei und aus diesem Grunde die Ueberführung der in Arnsdorf unzulänglich gesicherten Waffenbestände nach dem Dresdener Polizeipräsidium angeordnet habe. Da Genosse Westphälinger trotzdem in Haft behalten wurde, richtete er eine Beschwerde an den Staatsgerichtshof und machte dem Wehrkreiskommando davon Mitteilung. Der Heeresanwalt Dr. Frey forderte Westphälinger auf, von einer Beschwere Abstand zu nehmen, da sich die Angelegenheit sowieso in kurzer Zeit klären werde. Als nun der Staatsgerichtshof das Wehrkreiskommando um Aktenübersendung ersuchte, wurde Westphälinger noch vor Uebersendung der Akten aus der Haft entlassen. In dem Bewußtsein, einen neuen Reinfall zu erleben, hat man scheinbar der Blamage die Haftentlassung vorgezogen.

Kaltstellung Trotzkis?

Moskau, 10. Januar.

Trotzki, dessen Opposition gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit steht, soll, wie der „Ost-Expreß" meldet, in allernächster Zeit einen Urlaub von mehreren Monaten antreten. Wie in der Moskauer Presse offiziös mitgeteilt wird, hat eine Kommission von Aerzten den Gesundheitszustand Trotzkis für so ernst erklärt, daß ein wenigstens zwei Monate währender Urlaub unumgänglich sei. Seine andauernde Krankheit wird als Folge einer Grippe erklärt, während Trotzki selbst vor einigen Wochen in der Presse sich als an Malaria erkrankt bezeichnet hatte. Nach der Aktivität, die Trotzki in der Diskussion der letzten Zeit gezeigt hat, wirkt die Veröffentlichung dieses Gutachtens überraschend.

Wie der Sekretär des Zentralkomitees, Stalin, einem Vertreter der Russischen Telegraphenagentur erklärte, habe die wochenlange Diskussion innerhalb der Kommunistischen Partei ergeben, daß die Politik des Zentralkomitees von mehr als 90 Proz. der Parteimitglieder gebilligt werde. Das Zentralkomitee vertrete die Ansicht, daß die Partei ihre feste Geschlossenheit behalten müsse, und daß die neue Wirtschaftspolitik einer Revision nicht bedürfe. Ungeachtet des Auftretens der Opposition mit einer gegenteiligen Meinung werde die Partei nach Abschluß der Diskussion „stärker und einheitlicher denn je" dastehen.

Angestellte und Politik.

Von S. Aufhäuser.

Das abgelaufene Jahr ist umschattet von wirtschaftlichen Zerfallserscheinungen und grenzenloser sozialer Not. Wir weinen ihm keine Träne nach, und man könnte geneigt sein, diese schwarze Zeit des Niederganges zu vergessen, um sich lediglich mit dem Werdenden, der Zukunft, zu beschäftigen. Und doch sollte es heute mehr denn je die Aufgabe aller denkenden Angestellten sein, gestützt auf genaue Kenntnis von Vergangenheit und Gegenwart die Wahrheit zu suchen und daraus Schlüsse für ihre künftige soziale Bewegung zu ziehen. Stellen wir uns mit beiden Füßen auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, indem wir Tatsachen und Zusammenhänge von 1923 sehen und erkennen, um so für 1924 den Weg ins Freie zu finden.

Bei solch rückschauender Betrachtung zeigt sich, daß es dem Kapitalismus in fünf Jahren nicht möglich war, die aus den Fugen geratene Weltwirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen. Alle Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in Deutschland das Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden immer deutlicher und furchtbarer zutage getreten ist, die inneren Widersprüche eines überholten Systems bloßgelegt sind. Die Angestellten und die übrigen Besitzlosen sind dabei die Leidtragenden; sie sollten aber dennoch nicht vergessen, daß sie bei aller Not die historische Mission haben, aus dem heutigen kapitalistischen Chaos heraus an einem gemeinwirtschaftlichen Aufbau tätig zu sein. Es mag gewiß angenehmer sein, Geschichte zu lesen, als selbst als Zeitgenosse großen geschichtlichen Werdens inmitten einer solchen wirtschaftlichen Umwälzung zu stehen. Die kommenden Geschlechter werden aber von uns erwarten, daß wir die Zeichen der Zeit erkennen sozialistische Erfüllungspolitik zu treiben bereit waren.

Hier erwachsen den Angestellten besondere Aufgaben. Ihre berufliche Funktion schafft die Voraussetzungen, von denen aus der Arbeiterklasse im ganzen Wirtschaftsführer erwachsen können. Die Entwicklung der deutschen Revolution hat erkennen lassen, daß politische Machtpositionen nur zu halten sind, wenn die Arbeitnehmer vorbereitet sind, auch selbst Träger der Wirtschaft zu werden. Hier müssen die kaufmännischen und technischen Angestellten die noch recht sichtbaren Lücken in der deutschen Arbeiterbewegung auszufüllen suchen. Wenn man von den reinen Angestelltenbetrieben im Handel und im Bankgewerbe absieht, aus denen bereits viel Kenntnis über die wirtschaftlichen Zusammenhänge vermittelt werden könnte, so braucht nur auf die Industrieangestellten verwiesen zu werden, die einmal als Zeichner oder Ingenieur den Produktionsprozeß vorbereiten, zum anderen als Betriebsführer, Werkmeister den Produktionsprozeß organisieren, um die Bedeutung der Angestellten für die Gesamtwirtschaft zu erkennen. Der kapitalistische Unternehmer hat den Angestellten eine soziale Stellung zwischen den Klassen zugemutet. Die politische und wirtschaftliche Situation von 1923 hat indes wohl völlige Klarheit über die reinliche Scheidung der Besitzer von Produktionsmitteln, Grund und Boden und Finanzkapital einerseits, der Besitzlosen andererseits geschaffen.

Die Angestellten haben auch gewerkschaftlich die Konsequenz aus der Erkenntnis ihrer Klassenlage gezogen. Die im Afa-Bund vereinigten Organisationen konnten den Stürmen des Jahres 1923 standhalten. Ihre Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht im Frühjahr 1919 behalten auch für die gesamte Arbeiterklasse Bedeutung. Die Anerkennung als Tarifkontrahenten konnte den Angestellten trotz aller Rückschläge der letzten Zeit nicht mehr geraubt werden. Auch das junge Jahr wird die Afa-Bewegung auf dem Plane finden.

Wenn Sozialismus und Gemeinwirtschaft im neuen Jahr aber mehr als Programme bleiben sollen, dann müßten gerade die Angestellten als die berufenste Gruppe bereit sein, ihre gewerkschaftliche Arbeit durch genossenschaftliche Betätigung zu ergänzen. Die Techniker können stolz darauf sein, daß es ihre Berufsgenossen waren, die z. B. auf dem Gebiet des Bauwesens durch die Gründung der „Sozialen Bauhütten" wirkliche Anfänge zur Sozialisierung geschaffen haben. Der Genossenschaftsgedanke sollte sich künftig in der Warenverteilung der Konsumvereine nicht erschöpfen. Es gilt vielmehr die Brücken zu finden zur Produktion, das ist wirtschaftlicher Sozialismus. Hier eröffnet sich den Angestellten, frei von allen Utopien, im neuen Jahr eine neue Welt.

Der Erfolg alles gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Schaffens wird schließlich auch in Zukunft von den politischen Machtverhältnissen entscheidend beeinflußt werden. Im politischen Abwehrkampf gegen die Reaktion gehören die Angestellten in Reih und Glied mit den übrigen Klassengenossen in die Arbeiterpartei, in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Klassengegner der Angestellten, das kapitalistische Unternehmertum, hat bei den zurückliegenden scharfen Kämpfen eine nachahmenswerte Intensität wirtschaftlicher und politischer Betätigung bewiesen, außerhalb des Parlaments in den großen Wirtschaftsverbänden, innerhalb des Reichstags in den bürgerlichen Parteien. Betrachten wir z. B. den Reichsverband der Deutschen Industrie und die Deutsche Volkspartei, zwei organisatorisch voneinander völlig unabhängige Organisationen, so finden wir bestätigt, daß sich wirtschaftlicher und politischer Klassenkampf gegenseitig ergänzen müssen. Die Masse der Angestellten steht den Unternehmern an Aktivität auf dem politischen Gebiet noch nach und versäumt damit auch gewerkschaftliche Erfolgsmöglichkeiten. So notwendig die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber allen Parteien ist, wie sie in der parteipolitischen Neutralität der Berufsverbände ihren Ausdruck findet, so schädlich muß eine politische Neutralität der Gewerkschaftsmitglieder wirken.

Der verschärfte Klassenkampf, in dem wir uns heute in Deutschland befinden, kann nur zugunsten der Arbeitnehmer ausgetragen werden, wenn sich die wirtschaftlichen Kräfte auch politisch in den Parteien widerspiegeln. Das Erstarken der Arbeiterpartei im englischen Parlament zeigt die Verwirklichung dieses Gedankens. Die Entscheidung liegt hier, mehr als viele es annehmen, bei den Angestellten. Verschärfte Arbeitsteilung und Konzentration des Kapitals in der Industrie bedeutet Vermehrung der Zahl von Angestellten und relative Verminderung der Zahl der Handarbeiter. Mögen die Angestellten die hier auf ihnen ruhende große politische Verantwortung erkennen und das ihrige tun, **um die Sozialdemokratie zum herrschenden Faktor im politischen Leben Deutschlands zu machen.**

Volkswirtschaft.

Russische Handelspolitik in der Türkei.

Rußland hat in der letzten Zeit, ohne sich sonderlich darum zu bekümmern, ob die angewandten Methoden kommunistischen Grundsätzen entsprachen, große Anstrengungen gemacht, um seinen Export nach dem Auslande zu steigern. So ist es z. B. im Laufe des Jahres 1923 zum größten Getreideimporteur für Deutschland geworden. Viel Aufmerksamkeit schenkte die russische Ausfuhr seit langem dem türkischen Markt, der ebenfalls wie Deutschland für die Aufnahme russischen Getreides in Frage kommt. Das Bestreben Rußlands zielte dahin, den internationalen Zwischenhandel auszuschalten und mit den Großabnehmern in der Türkei in unmittelbare Handelsbeziehungen zu kommen. Um den Widerstand der ausländischen Konkurrenz zu brechen, nahm der russische Export wesentliche Preissenkungen für seine Waren vor. Dennoch erzielte er infolge politischer Widerstände keinen nennenswerten Erfolg. Jetzt scheint endlich eine Aenderung eingetreten zu sein. Wie wir aus unterrichteten russischen Kreisen erfahren, sind diese störenden Momente als erledigt zu betrachten, sodaß noch in diesem Monat russische Waren unmittelbar auf dem türkischen Markt erscheinen werden. Die Bedingungen Rußlands für den Handel nach der Türkei sind von Natur aus sehr günstig. Rußland kann z. B. Getreide schon acht Tage nach erfolgter Bestellung liefern. Die Billigkeit der russischen Frachtgebühren und die geringe Verunreinigung des russischen Getreides haben selbst Preise in der Türkei, die den werdenden Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nicht günstig gesinnt sind, von dem Nutzen des Güteraustausches mit Rußland überzeugt.

Der Rückgang der Bautätigkeit.

Angesichts der von der Regierung geforderten Bestrebungen, mit dem Uebergang zu Goldmieten zunächst den Hausbesitz zu sanieren, dann die Staatskasse zu füllen und die notwendige gemeinwirtschaftliche Kapitalbeschaffung für Neubauten zu vernachlässigen, verdient eine Zusammenstellung der Zeitschrift „Die Bauwelt" Beachtung, die den Rückgang der Bautätigkeit in den beiden letzten Jahren aufzeigt. Der genannten Zeitschrift wurden Bauprojekte bekannt:

im	Wohnungsbauten 1923	Wohnungsbauten 1922	Fabrikbauten 1923	Fabrikbauten 1922
Januar 1923	483	2 400	236	365
Februar „	441	4 623	169	379
März „	516	6 271	591	488
April „	385	7 486	215	437
Mai „	638	8 345	300	516
Juni „	741	2 812	325	409
Juli „	642	2 495	341	496
August „	549	1 829	339	392
September „	412	1 715	187	294
Oktober „	579	1 618	268	249
November „	296	693	183	313
Dezember „	318	458	134	260
zusammen	5 900	40 309	3 042	4 607

Die Gesamtzahl der geplanten Fabrikbauten ist auf zwei Drittel, die der Wohnungsbauten sogar auf ein Siebentel des Vorjahres zurückgegangen. Es fehlte an Baukapital und deshalb wurden alle nicht unbedingt erforderlichen Bauten hinausgeschoben. Anstatt nun mit allen Mitteln danach zu streben, aus den ohnehin notwendig werdenden Mietpreiserhöhungen das notwendige Baukapital zu gewinnen, hat die Regierung in ihrem ersten Entwurf der neuen Mietenverordnung alle anderen Momente und selbst privatkapitalistische Interessen in ausgiebigster Weise berücksichtigt, die Schaffung produktiver Arbeitsmöglichkeiten aber, die im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise dringendste Notwendigkeit ist, hinter den Privatprofit der Hausbesitzer gesetzt.

Die Börsenpreise für Getreide und Mehl haben in den letzten Tagen einen beträchtlichen Rückgang erfahren. An der Berliner Börse wurden notiert:

	Weizen	Roggen	Weizenmehl	Roggenmehl
28. Dezember:	154—158	128—131	23,75—27,25	22,25—25,—
4. Januar:	172—175	147—151	26,00—29,25	25,00—27,25
8. Januar:	162—165	144—146,5	25,25—29,00	24,75—27,00
9. Januar:	156—158	128—131	23,75—27,25	22,25—25,00

An der Börse ist ein reichliches Angebot festzustellen, während die Nachfrage nur gering war. Demzufolge passen sich die Preise dem Stand an, den sie vor Eintritt der letzten Preissteigerung Ende Dezember einnahmen.

Nach Monatelanger Pause fand in Berlin die erste Hauteauktion statt. Zum Angebot kamen ungefähr 66 152 Stück Häute und Felle. Die Nachfrage war groß, sodaß Preise erzielt werden konnten, die durchweg über Friedenspreis liegen.

Die Preise im Holzhandel scheinen endlich sinkende Tendenz annehmen zu wollen. Auf der Holzauktion in Freistadt wurden nur 50—87,5 Proz. der Landesgrundpreise (18—27 M. Kilomark pro kcm) und in Passau nur 65 Proz. der staatlichen Taxe geboten. In Oberbayern war allgemein ein merklicher Rückgang der Holzpreise festzustellen. In Passau wurde angesichts des niedrigen Angebotes die Abgabe von Holz verweigert.

Verantwortlich für Politik und allgemeinen Teil: J. Lederer; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer, für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		10. Januar.	9. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 625 925	1 625 925
Buenos Aires	1 Peso	1 381 538	1 381 538
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	186 533	187 032
Kristiania	1 Kr.	620 445	620 445
Kopenhagen	1 Kr.	756 105	756 105
Stockholm	1 Kr.	1 136 153	1 137 150
Helsingfors	1 finn. Mk.	105 735	105 735
Rom	1 Lire	186 533	186 533
London	1 „	18 254 250	18 254 250
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	211 470	208 475
Zürich	1 Frs.	750 120	758 607
Madrid	1 Peseta	543 638	543 638
Portugal	1 Escudo	138 652	138 652
Japan	1 Yen	1 995 000	1 995 000
Rio de Janeiro	1 Milreis	458 850	458 850
Wien	1 Kr.	60 847	60 847
Prag	1 Kr.	125 685	125 685
Jugoslawien	1 Dinar	47 880	47 880
Budapest	1 Kr.	149 625	154 612
Bulgarien	1 Lewa	80 672	80 672

Der Einsam.

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

1. Fortsetzung.

Eben griff ein dritter Bursche präludierend in die Saiten, die künftigen „Herren im Lande" schimpften laut, und es dürfte nicht lange mehr angestanden haben, so hätte wohl mancher Gerechte manchem Sünder Reue und Leid erwecken gelehrt und mancher Sünder manches Gerechten Geduld im Leiden erprobt, wäre nicht plötzlich am Zaune ein Mann vorbeigeschritten, bei dessen Erscheinen sofort Stille eintrat.

Die Burschen standen auf und rückten die Hüte, die Anhänger des neuen Seelsorgers neigten die Köpfe gegeneinander und begannen angelegentlich zu flüstern, um von dem Ankömmling keine Notiz nehmen zu müssen, und etliche Bauern, die, unbehaglich genug, mitten unter ihnen saßen, griffen an den Filz, ohne sich vom Sitz zu erheben und lächelten verlegen; nur der vorhin geängstigte Wirt stürzte jetzt aufatmend herzu. „Ah, hochwürdig' Herr Kaplan, das is schön, daß mer dich noch sieht vor der Reis'. Also moring schon is 's ernst, hör'n wir, moring schon? Na, nit a bissel hereingehn auf a Abschiedströpferl?"

Der Angeredete war ein kleiner, beleibter, alter Mann, ging in hohen Stiefeln, einem langen Rock von ziemlich grobem Tuche, wie ihn die Dorfschneider für die Landgeistlichen gewöhnlich fertigen, und das Kollare sah gerade nicht sehr reinlich unter dem verschobenen Kragen hervor, das runde, gutmütige Gesicht war von einem breitkrempigen Filzhute, wie ihn die Bauern tragen, beschattet, eine schwarzseidene Zipfelmütze guckte darunter hervor. —

„Dank' schön," schnarrte der Kaplan, denn er behielt auch unterm Reden den kurzen Pfeifenstummel, aus dem er qualmte, zwischen den Zähnen. „Bin stark 'gangen und lang kann ich mich nit aufhalten. Steig' seit früh in der Gegend herum, hab' mir nochmal all's angeschaut und Abschied g'nommen. Von 'n Leuten hab' ich das nit not, is eh' denen meisten lieb, daß I' mich aus 'm G'sicht krieg'n. Na, geh' ich halt jetzt schön stad nach 'm Pfarrhof und fang fein sauber langsam zum Einpacken an."

„Nimmst deine Vieher auch mit?" fragte der Wirt.

„Meine Käfer und Schmetterling'? Die Fauna vom ganzen Viertel? Na, die werd' ich doch nit dalassen?"

„Ei mein, so Schachtel- und Kistelwerk mitschleppen, macht doch a 'mentische*) Ung'legenheit."

Diesmal nahm der Kaplan gar die Pfeife aus dem Munde, eh' er den Wirt anfuhr: „Wo h' ein' blauen Teufel vom Wert einer Sach' weißt, red' nit!"

*) Mentisch, auch höllmentisch, erhöht den Begriff sowohl von Annehmlichkeiten als auch von Unangenehmem.

Da kam die Mutter des Wirtes, auf den Stock gestützt, an den Zaun geschlichen. „Na, du," sagte sie, „du bist mir ein schöner hochwürdig' Herr! Mich laßt du da ganz alleinig und gehst in d' Stadt."

„Je, alte Martha, was tust denn du dich herbemühen? Grüß Gott! Na, brauchst mer's nit z' neiden; wenn auch nach der Stadt, ins Priesterhaus, in d' Versorgung halt, geh' ich."

„Dös kann ich dir wohl sagen," flüsterte die Greisin, „mir g'schieht völlig hart, daß du gehst. 'm Reden nach, obwohl viel' mit ihm einverstanden sein, weiß ich mich mit 'm Neuchen nit aus, eh' möcht' ich 'n schier fürchten."

„Brauchst kein' Angst z' haben," murmelte der Kaplan, „er is halt noch jung, sein' Jahr'n sind die unsern wie a Rätsel, da muß er erst auch so lang allweil im Kreis h'rumgegangen sein, dann begreift er's schon, wie eins müd' wird, hinsitzt und der Welt zuschaut, wie's auch ohne seiner fortkommt. Er wird schon älter werd'n."

„Ja, freilich wird er's amal, aber das erleb' ich nit und wie werd'n mer sich wohl in der Zwischenzeit reden?"

„Laß ihm halt sein' Freud' und red nix dawider."

„Meinst 'leicht, ich soll mer denken, du red'st mer lang gut?"

„Gedanken sind zollfrei."

„Gott verzeih mer d' Sünd', aber d' heilig' Weih' von euch abg'rechnet, da seids Des wie weltliche Hallodri, einer 'm andern auflässig."

„Jetzt is Zeit, daß ich geh'," sagte der Kaplan und er reichte ihr die Hand. „Na, b'hüt Gott! Mach halt noch dein' Weil' mit und bleib fein riegelsam*) dabei. B'hüt Gott, Wirt! B'hüt Gott, Leuteln!" setzte er für die wenigen hinzu, die ihn grüßten.

„B'hüt Gott! B'hüt dich Gott, Kaplan!" Die Alte schlich nach ihrem Bänkchen zurück.

„Glück auf d' Reis' und ein schön' Wetter," rief der Schuster.

„Is eh' gut, daß er fortkommt," schrie der Schneider hintennach, „war sein' Zeit nix mit ihm und jetzt schon gar, ein Junger muß an sein' Stell', den sich der Herr Pfarrer zieh'n kann, wie er 'n braucht."

„Ho," sagte einer am Burschentisch und erhob sich und machte einen langen Hals. „Was beugt denn der Kaplan 'm Steig aus? Mein' Seel, er nimmt d' Straßen, rundum und um, um die ganze Anhöh'!"

„Siehst denn nit," sagte ein andrer, „daß vom selben Steig h'runter der Pfarrer und der Bürgermeister daherkommen?"

„Na, daher werd'n s' doch nit kommen?" war die mehrstimmige Frage.

„'s macht aber keiner ein Tritt! nach rechts oder nach links, sie halten sich grad zu."

*) Riegelsam = rührig.

„Wirtshaus! Zahl'n!" lärmten die Burschen, warfen das Geld auf den Tisch und flüchteten fast unter den Augen des Gefürchteten.

Der Pfarrer war eine stattliche Erscheinung, von hoher, kräftig gebauter Gestalt, die Härte seiner Züge wurde durch die Fülle und die Frische seines Gesichtes gemildert; bleich und welk hätte dieses Antlitz mit den dunkeln, feurigen Augen, der scharfgebogenen Nase, dem starken Kinn und den weitabstehenden Backenknochen wohl Scheu erweckt, während er jetzt nur den Eindruck überlegener Willensstärke machte. Aber nur in dem Sinne, wie es der Kaplan gemeint hatte, der eben über zwanzig Jahre älter war, konnte der Pfarrer für jung gelten, denn er zählte wohl fünfundvierzig.

Gar kläglich nahm sich neben ihm der Bürgermeister des Ortes aus, trotz er über Mittelgröße maß, war er doch bei seinem gedrungenen Körperbau, dem Klotzigen und Ungefügen jeder einzelnen seiner Gliedmaßen eher für klein und zurückgeblieben anzusehen. Seine Augen hatten sich durch eine längere Uebung gewöhnt, über den Wülsten der unteren Lider eine eigene Achsenstellung anzunehmen, welche, seiner Meinung nach, dem Ausdruck besonderer Pfiffigkeit entsprechen sollte; hätten nun auch nicht die Hängebacken und der breite Mund mit der vordrängenden Unterlippe dem entgegengearbeitet, die Nase allein würde alles verdorben haben, die fürchterlich Nase, so derb und so knollig daß sie im ganzen Orte vertraulicherweise nur das „Heft" genannt wurde, und die so rücksichtslos aus dem Gesicht hervorsprang, als wollte sie aller Welt bedeuten, wie leicht der ganze Mann an ihr zu führen sei. Der Bürgermeister verdankte seine Ehrenstelle lediglich dem Umstande, daß er der „Schwerste", das heißt der Reichste im Orte war.

Als die beiden in den Wirtshausgarten traten, schoß der letzte, der unbehendeste der Burschen, an ihnen vorüber, ärgerlich lachend den Kameraden „Halt's aus! Halt's aus!" nachrufend.

Alle erhoben sich. Der Wirt behielt für eine Weile die Kappe in der Hand. Die Kellnerin knickste und glättete ihre Schürze, selbst die alte Martha stand auf ihren Stock gestützt, sie machte geben.

Der Pfarrer dankte mit einem kurzen Kopfnicken, einen scharfen Blick sandte er den Entflohenen nach, dann wandte er sich an den Bürgermeister: „Also das sind Eure Bursche? Von der Unmanierlichkeit will ich absehen, aber diese Eile, ihrem Seelsorger aus dem Gesichte zu kommen, deutet auf schlechte Gewissen und üble Aufführung. Sind alle so?"

Der Bürgermeister versuchte es, eine sorgenvolle Miene anzunehmen. „Es sein wenig anders," sagte er. „Wär' eh' nit die Halbscheid von sö in der Kirchen z' sehen g'wesen, hätt' s' nit die Neugier h'neing'trieben, weil halt heut Euer Hochwürden erste Predigt war."

(Fortsetzung folgt.)

Der große Andrang

zu unserm Inventur - Ausverkauf gibt uns Veranlassung, nunmehr auch für

Herren und Knaben

das langerwartete, gut vorbereitete Angebot

herauszubringen.

Auch hier handelt es sich **nicht um** sogen. „minderwertige Ausverkaufsware", **sondern** um gute Qualitäten zu **Ausverkaufspreisen.**

Auch Maßanfertigung im Ausverkauf bedeutend billiger.

Ausführung in bekannt erstklassiger Verarbeitung aus prima Stoffen.

Serie I 90.– Serie II 110.– Serie III 130.–

	Früher	Jetzt
Herren-Anzüge in verschiedenen Dessins und guter Stoffqualität	45.00	20.50
Herren-Anzüge ein- u. zweireihig, dunkelblau K'garn-Cheviot, bewährte Qualität, tadellose Ausf.	48.00	27.50
Herren-Anzüge schönste Ausmusterung, äußerst tragfähige Stoffe	60.00	32.50
Herren-Anzüge dunkelbl. Cheviot in erstklassiger Machart, Ia. Wollserge-Ausfütterung	54.00	34.50
Herren-Anzüge in verschiedenen Farben, aus hochwertigem Material	65.00	37.50
Herren-Anzüge reinwoll. Kammgarn-Cheviot, zweireihig, besonders guter Sitz	68.00	45.00
Herren-Anzüge aus reinwollenem Cheviot, in solider Ausführung und moderner Fasson	75.00	47.50
Herren-Anzüge in hübschen dunkl. mod. Streifen, erstkl. Verarb., Ia. Zutaten, Ersatz für Maßarbeit	90.00	57.50
Cutaways und Westen schwarz und marengo, in bester Ausführ., besonders billig	56.00	36.00
Herr.-Frühjahrs-Mäntel in Ulster- und Schlüpferform, moderne flotte Muster	45.00	24.50
H' Uebergangs-Ulster in modernen Fischgratmustern, mit Rückengurt und Falten	52.00	29.50
Herr.-Frühj.-Schlüpfer in verschiedenen flotten Dessins	58.00	36.50
Herren-Winter-Ulster mit angewebt. Futter, Ia. Verarbeit., 1- u. 2reihig, mod. Form	65.00	44.50
Herren-Winter-Ulster mod. 2reihige Form, mit Rückengurt und Falten, guter Flausch	85.00	49.50
Herr.-Winter-Schlüpfer hervorragend gute Stoffqualität, in vielen Farben	75.00	54.50
Herren-Winter-Ulster hervorragend gute Verarbeitung, vollster Ersatz für Maßarbeit	95.00	52.00

	Früher	Jetzt
Herren-Winter-Ulster mod. 2reih. Form, mit kar. Abseite, besonders schwere Qualität	90.00	57.50
Knaben-Anzüge für 3-5 Jahre in verschiedenen Farben und Ausführungen	10.50	4.95
Matrosen-Anzüge reinwollen Cheviot, ganz auf Futter gearbeitet, allerbeste Ausführung	Größe 1 36.00	18.50 mit 50 Pf. Steigerg.
Loden-Mäntel imprägniert mit Gurt und Kapuze ... Größe 4—6	10.50	5.90
Loden-Mäntel imprägniert mit Gurt und Kapuze ... Größe 7—12	12.00	6.90
Blaue Capes mit Kapuze gute Qualität, außergewöhnlich billig ... 50—65 cm	16.50	6.90
Blaue Capes mit Kapuze gute Qualität, außergewöhnlich billig ... 70—95 cm	18.50	7.90
Herren-Westen verschied. Farben außergewöhnlich billig	3.90	1.50
Burschen-Breeches-Hosen aus äußerst tragfähigen Donegalstoffen	10.75	5.90
Herr.-Breecheshosen gute Verarbeitung, hervorragende Stoffqualität	12.50	6.90
Herren-Hosen gute Buckskinhosen, hübsche dunkle Muster	11.75	7.50
Burschen-Hosen haltb. Stoffe in verschiedenen Farbstellungen	7.00	4.90
Konfirmanden-Anzüge farbig, einreihig, in tragfähigen Stoffen	43.00	23.50
Konfirmanden-Anzüge farbig, einreihig, in tragfähigen Stoffen	48.00	29.50
Konfirmanden-Anzüge blau Kammgarn, ein- und zweireihig	42.00	22.50
Konfirmanden-Anzüge blau Kammgarn, ein- und zweireihig	54.00	28.50

Lübeck **Karstadt** Lübeck

Lübecker Volksbote

Beilage. Freitag, 11. Januar 1924. Nummer 9.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 11. Januar.

Mißgriffe bei der Pflichtarbeit Erwerbsloser.

Verfaulte Kartoffeln.

In der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge ist bekanntlich die Vorschrift enthalten, daß der Erwerbslose als Gegenleistung gemeinnützige Arbeit zu leisten hat. Von dieser Vorschrift wird auch in Lübeck Gebrauch gemacht — und wie, das wollen wir an einem Beispiel beweisen:

Auf dem Schlachthof lagern seit einiger Zeit große Mengen Kartoffeln, die man anscheinend so gut untergebracht hat, daß sie erfrieren und verfaulen. Nun werden erwerbslose Frauen zum Auslesen der Kartoffeln dorthin beordert. Bei den im Keller lagernden soll die Arbeit noch halbwegs angehen, ganz unhaltbar aber sind die Zustände im 4. Stock. Als die Frauen am Donnerstag morgen zur Arbeit antraten, empfing sie aus dem Lagerraum ein mörderischer Gestank, wie giftige Gase dünsteten die erfrorenen Kartoffeln. Um überhaupt die Arbeit beginnen zu können, mußten die Frauen erst schwere Balken wegschleppen. Lange hielten es die Frauen, die von 8—3 Uhr Pflichtarbeit leisten sollten, in dem Raum nicht aus. Eine Frau fiel bald ohnmächtig um und kam erst nach einiger Zeit im Kontor wieder zur Besinnung, mehreren anderen wurde es ebenfalls so schlecht, daß sie die Arbeit einstellen mußten.

Man ersieht hieraus, daß Anordnungen zur Pflichtarbeit getroffen wurden, ehe sich die verantwortlichen Personen von der zu leistenden Arbeit selbst überzeugt haben. So ist der Pflichtarbeitsparagraph gewiß nicht auszulegen. Es ist an sich schon fragwürdig, Erwerbslose für die karge Unterstützung 3 Tage arbeiten zu lassen, ganz und gar zu verurteilen ist es aber, wenn ihnen Arbeit zugewiesen wird, die normalerweise über den ortsüblichen Lohn vergütet werden müßte: erstens wegen der Gesundheitsgefährdung und zweitens, weil die Kleider verdreckt werden. Die Erwerbslosen haben keinen Ersatz und wissen so nicht, wie sie zerschlissene Kleider und Schuhe erneuern sollen. Bringt es schon Mißmut, wenn sie einen ganzen Tag für knapp ein Brot arbeiten sollen, so kann sich jeder ausmalen, welche Arbeitsfreudigkeit bei den oben geschilderten Zuständen erzeugt wird.

Wir halten den Pflichtarbeitsparagraphen in seiner heutigen Fassung und die Auslegung, die ihm die Arbeitsämter geben, für unhaltbar. Ist es doch, wenn wir nicht irren in Berlin, vorgekommen, daß erwerbslose Buchdrucker zum Schneeschippen dirigiert wurden, wobei sich ein Mann den Tod holte. Diejenigen, die Pflichtarbeit anordnen, müssen zur zweckmäßigen Auswahl von Personen und Sachen psychologisches Verständnis besitzen, und dann ist es bei der großen Zahl der Erwerbslosen durchaus nicht nötig, daß nun gerade jeder 3 Tage schuften soll. Wer arbeitet, muß auch essen, und so viel kaufen kann sich der Erwerbslose nicht, daß er die nötigen Kräfte ersetzen kann, die dann auch Arbeitslust erzeugen. Die Verordnung ist Schreibstubenarbeit ohne praktischen Einschlag. Es würde durchaus nichts schaden, wenn der zur Arbeit gerufene Erwerbslose für die Arbeitstage die doppelte Unterstützung erhalten würde. Das jetzige Verfahren läuft auf eine Art Schmutzkonkurrenz hinaus, weil notwendige — wenn auch gemeinnützige — Arbeit den Arbeitsuchenden entzogen wird.

Dann noch eine Frage: Wer hat die Anordnung getroffen, solch ungeheure Mengen Kartoffeln, man spricht von 10 Waggons, so unzweckmäßig zu lagern, daß sie erfrieren und verfaulen? Und wer kommt für den Schaden auf, den der lübsche Staat dadurch erleidet?

*

Wir haben noch ein zweites zu monieren. Bei der Arbeitsvermittlung scheint man im Arbeitsamt auch wenig Rücksicht auf die Eignung und soziale Lage der Arbeitslosen zu nehmen. So sind uns zwei Fälle bekannt, wo Mädchen nach der Fischräucherei Lohrmann geschickt wurden, ohne daß man sich danach erkundigte, ob die Betreffenden auch die nötige Kleidung zu der schmutzigen Arbeit besitzen. Beide Male war dies nicht der Fall. Die Mädchen lehnten deshalb die Arbeit ab, weil sie ihre letzten Kleider für Aushilfsarbeit nicht ruinieren wollten. Was geschah? Die Unterstützung wurde ihnen entzogen! Ist dies soziales Verständnis? Wir begreifen sehr wohl, daß man mitunter etwas harte Maßnahmen ergreifen muß, aber wenn schon, dann soll auch der Unternehmer herangezogen werden. Dann soll dieser für besonders notwendige Berufskleidung aufkommen.

Wir haben gleich nach Bekanntwerden der Pflichtarbeit für Erwerbslose gefordert, daß diesen Opfern des kapitalistischen Wirtschaftslebens die nötige Kleidung, Schuhe und zum mindesten verbilligtes Essen verabfolgt wird. Die bisher gesammelten Erfahrungen im Reiche bestätigen die Richtigkeit dieser Forderung. Für sie einzutreten, ist auch Pflicht unserer Arbeitsbehörde.

Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Ortsgruppenkassierer! Die Abrechnungen für das 4. Quartal 1923 sind umgehend abzuliefern. Die Beitragskassierer für die Stadt und Vorstädte müssen umgehend abrechnen und die Marken für Januar in Empfang nehmen. J. A.: H. Wolfradt.

Die Distriktsführer werden gebeten, die Wählerlisten alsbald im Parteisekretariat abzuliefern.

Ein 16jähriger Lebemann. Der Hamburger Korrespondent berichtet unter dem 10. Januar: Beamten des Kriminalreviers 2 fiel gestern in einem auf St. Pauli belegenen Lokal ein Jüngling auf, der mehrere nicht gerade spröde „Damen" gehörig mit geistigen Getränken traktierte. Die Beamten nahmen den jungen Mann, den 16jährigen, aus Lübeck stammenden Kaufmannslehrling Otto W., gehörig ins Gebet. Es stellte sich heraus, daß W. in Lübeck seiner Firma 6000 Goldmark unterschlagen hatte und seit etlichen Tagen sich in Hamburg mit Kontrolldirnen umhertrieb. Der „Leichtsinnige" hatte noch ca. 3000 Goldmark im Besitz.

Die Verordnung über die Arbeitzeit. Angesichts der Wichtigkeit der von der Regierung herausgegebenen Verordnung über die Arbeitszeit hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entschlossen, die Verordnung in Broschürenform herauszugeben, um sie weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Die Verordnung ist mit Erläuterungen aus der Feder des ersten Vorsitzenden des ADGB., Theodor Leipart, versehen, wodurch der Broschüre besonderer Wert verliehen wird. Sie wird in den nächsten Tagen durch alle Buchhandlungen, durch die Organisationen und durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Vertrieb gelangen.

Das volkstümliche Konzert im Gewerkschaftshaus am Sonnabend wird durch das prächtige Programm die Besucher dafür entschädigen, daß so lange kein Konzert mehr stattfinden konnte. Es wird ein auserlesener Genuß auch für Besucher, die nur Erholung in einem Konzert suchen. Der geringe Eintrittspreis von 20 Pfennigen wird es jedermann ermöglichen, das Konzert zu besuchen. Der Saal ist warm geheizt.

Schmock in Wolle.

Der General-Anzeiger ist ungehalten über uns. Er kann es nicht fassen, daß wir seinen täglichen Anzapfungen mit gebührender Mißachtung begegnen. Er zerrt wie ein geiferndes Weib am Schürzenzipfel und fährt sich in die roten Haare, weil so gar kein Brocken für ihn abfällt, auf dem er wie ein verhungerter Köter kauen kann. Da ihm am Orte der Stoff mangelt, so greift er weiter und holt ihn aus Hamburg. Ein Bericht des Hamburger Echo über das Volksentscheid-Ergebnis hat es dem General-Anzeiger angetan. Einige Unrichtigkeiten, die sich vom Telephon bis zur Setzmaschine einschlichen, beutet das alle ehrliche Blatt aus und benutzt diese Gelegenheit, sich in der bekannten widerwärtigen Art an den Genossen Weiß und Dr. Leber zu reiben. Wir lehnen es ab, uns mit dem General-Anzeiger darüber zu unterhalten, ausgerechnet mit einem Blatt, dessen früherer Leiter Theaterkritiken wortwörtlich über Lübeck brachte, die in Hannover geschrieben wurden und der seinen Lesern Stimmungsbilder nochmals vorsetzte, die er elf Jahre früher schon serviert hatte. Die Aufrichtigkeit der Berichterstattung des General-Anzeigers ist ebenso bekannt wie dessen notorischer Verleumdungsfeldzug und persönliche Verunglimpfung gegen führende Sozialdemokraten. Um den Pott vollmachen zu können, schiebt die Schreiberseele noch eine Volksbotenkritik über Miß Beveridge dazwischen, jener Dame, die vor einigen Jahren den Haßgesang gegen Frankreich in Deutschland predigte und für die Deutschvölkischen Propaganda trieb. Wir empfehlen dem General-Anzeiger, sich einmal Wahrheit und Dichtung in den aus Lübeck importierten Berichten der auswärtigen bürgerlichen Presse anzuschauen und sich dann am eigenen Handtuch abzutrocknen. Noch besser wäre es aber, wenn sich der Lukas darüber aussprechen würde, wie seine Aufforderung an die Unternehmer, den Arbeitern jetzt entgegenzukommen, im eigenen Hause bewertet wurde. Daß Herr Coleman dieses Entgegenkommen mit der Kündigung des Buchdruckerpersonals quittierte und von diesem 54 Stunden Arbeit fordert, brauchen die Leser der sozialgesinnten bürgerlichen Zeitungen nicht zu wissen. Die Begehrlichkeit des eigenen Verlags sucht man mit einfältigen Stilübungen gegen Sozialdemokraten zu vertuschen. Daß wir die Entwicklung des Volksentscheids genau kennen, ist auch dem General-Anzeiger bekannt, und was er sonst noch zur Bürgerschaftswahl wissen muß, wird ihm noch beizeiten gesagt werden.

Gegen eine Preisheraufsetzung

wegen einer im Ausland beobachteten Minderbewertung der Mark wandte sich in einem Rundfunk der Präsident des preußischen Landespolizeiamtes. Nachdem er die bisherigen Maßnahmen gegen den Wucher dargelegt hatte, führte er aus: In den letzten Tagen ist infolge einer im Ausland eingetretenen Minderbewertung der Papiermark eine gewisse Unruhe in Kreisen des Einzelhandels zu verzeichnen, und man spricht bereits davon, daß der **Papiermarkmultiplikator heraufgesetzt** werden müsse. Auf das Verhängnisvolle eines solchen Verhaltens kann nicht ernsthaft genug hingewiesen werden. Eine nicht unwesentliche Ursache der heutigen hohen Preise liegt ferner in den **Zinsen der Banken begründet, die ganz bedeutend herabgesetzt werden müssen.** Die Staatsanwaltschaft hat gegen etwa 60 Berliner Banken und Bankiers ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie durch zu hohe Zinsberechnung und Belastung mit unverhältnismäßigen Bankspesen zu den Zahlungsschwierigkeiten des Lebensmittelhandels beigetragen haben sollen.

Ermäßigung der Gütertarife.

Vergünstigung für Seehafentarife.

Der Reichsverkehrsminister hat sich entschlossen, am 20. Januar eine Ermäßigung der normalen Gütertarife um acht Prozent eintreten zu lassen. Auch ein Teil der Ausnahmetarife wird ermäßigt, sofern nicht bei einzelnen Tarifen bereits größere Ermäßigungen aus der letzten Zeit vorliegen. Es werden weitere Vergünstigungen für die Durchfuhr und die Ausfuhr, insbesondere Seehafentarife vorbereitet. Der Reichsverkehrsminister will mit dieser Tarifermäßigung den allgemeinen Preisabbau fördern und hofft, daß sie beitragen wird, den Verkehr zu beleben.

Lübecks Seeschiffahrtsverkehr im Dezember 1923.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes sind 115 Dampfer mit 35 649 Reg.-Tons, 36 Segler mit 2928 Reg.-Tons und 5 Seeleichter mit 1990 Reg.-Tons, zusammen 156 Schiffe mit 40 567 Reg.-Tons angekommen und 120 Dampfer mit 37 257 Reg.-Tons, 21 Segler mit 1688 Reg.-Tons und 2 Seeleichter mit 742 Reg.-Tons, zusammen 143 Schiffe mit 39 687 Reg.-Tons abgegangen. Der gesamte Schiffsverkehr belief sich also auf 299 zu Handelszwecken ein- und auslaufende Schiffe, die einen Netto-Raumgehalt von 80 254 Reg.-Tons hatten. Im Vormonat verkehrten im Lübecker Hafen 327 Schiffe mit 73 230 Reg.-Tons und im Dezember vorigen Jahres 257 Schiffe mit 63 332 Reg.-Tons. Der diesjährige Schiffsverkehr überstieg hiernach den vorjährigen um 42 Schiffe mit 16 922 Reg.-Tons. Beladen waren einkommend 83 Schiffe mit 29 983 Reg.-Tons und ausgehend 124 mit 23 348 Reg.-Tons. Dem Raumgehalt nach hatten somit 73.9 (November 83.5) v. H. der ankommenden und 58.8 (67.2) v. H. der ausgehenden Schiffe Ladung. Unter deutscher Flagge fuhren 187 und unter fremder 112 Schiffe, hierunter 62 schwedische, 19 finnische, 18 dänische und 7 niederländische. Von den ein- und ausgehenden Schiffen verkehrten 45 mit 7305 Reg.-Tons mit deutschen Küstenplätzen, 1 mit 187 Reg.-Tons mit dem Memelgebiet, 2 mit 1735 To. mit Danzig, 4 mit 1562 To. mit Lettland, 2 mit 726 To. mit Estland, 20 mit 6771 To. mit Finnland, 97 mit 27 031 To. mit Schweden, 8 mit 2456 To. mit Norwegen, 106 mit 13 182 To. mit Dänemark und 14 mit 19 299 To. mit England. Der Güterumschlag betrug in der Einfuhr 43 107 und in

---

Reichspräsident Ebert.

Die Bahn eines Arbeiterführers.

Ueber einen Mitlebenden Geschichte schreiben, ist ein eigen Ding. Besonders wenn der Gegenstand der Betrachtung noch mitten im fließenden Leben steht, noch handelnd in die Geschehnisse eingreift und deshalb mehrfachen Anlaß gibt, das einmal gewonnene Urteil wieder zu überprüfen.

Ein solcher Mann ist Fritz Ebert, der erste Präsident der Deutschen Republik, ein im Parteileben aufgewachsenes und doch selbst gestaltetes Glied der großen sozialistischen Gemeinde. Die Reaktionäre haben anfangs ihre dümmsten Kläffer auf ihn gehetzt. Und was an Niedertracht und Bosheit erfunden werden konnte, das hat diese Gesellschaft an dem ersten Repräsentanten des neuen Staates verspritzt. In den letzten Jahren ist der elende Klatsch ein wenig verstummt, der unmittelbar nach der Revolution üblich geworden war. Die bürgerlichen Parteiführer, die dem Reichspräsidenten näher traten, haben seine hohe politische Begabung, seine unbeirrbare Sachlichkeit kennen gelernt. Und mit der näheren Fühlungnahme stieg ihre Achtung vor dem Manne, der aus dem Proletariat gekommen und in schwersten Zeiten an die Spitze des Staates gestellt worden war.

Was aber wissen seine Klassengenossen von Fritz Ebert? Die Menge der Parteifreunde, der ehemaligen Berufskameraden und das große Heer der Jugendlichen, deren Führer Ebert einst gewesen? Im Sattlerverband hat man schon zum zweiten Male versucht, den „Kollegen Fritz Ebert, Mitgliedsnummer so und so" aus der Kampfgemeinschaft auszuschließen. In der Sozialdemokratischen Partei sind ähnliche Regungen schon aufgetaucht. Aber diese Anträge sind nur möglich bei solchen, denen Eberts Wirken in den proletarischen Reihen schon so fern liegt, daß sie von ihm nicht mehr wissen, als der neue Pharao vom alten Joseph.

Nun hat Genosse Paul Kampffmeyer den dankenswerten Versuch unternommen, der sozialistischen und der bürgerlichen Welt ein Lebensbild von Fritz Ebert zu vermitteln. Die Schrift, im Verlag für Sozialwissenschaft vor wenigen Tagen erschienen, ist nur 84 Seiten stark. Aber sie ist in mehr als einer Hinsicht des Lesens und der tieferen Betrachtung wert. Ist dieser kurze biographische Abriß doch unversehens zu einem Stück Kulturgeschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland geworden. Denn Fritz Ebert, der junge Sattler aus Heidelberg, geriet in die Arbeiterbewegung, in ihr wuchs er und aus ihr zog er die beste politische und organisatorische Erfahrung. Seine Arbeit und sein Wirken zu schildern, heißt gleichzeitig die quellende Kraft der sozialistischen Bewegung selber darstellen, ihre Zusammenhänge mit den übrigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens, aber auch ihre Besonderheiten, die nur den wenigsten unter ihren Gegnern bekannt sind. Wer wird nicht mit hohem Interesse diese Schilderung Kampffmeyers aus dem Frankfurter Arbeitersekretariat lesen, in dem er selbst lange Jahre gewirkt hat:

„Friedrich Ebert wurde im März 1900 in Bremen auf den Posten eines Arbeitersekretärs gestellt. Es spricht für die Gründlichkeit dieses Mannes, daß er sich sofort persönlich auf einer Studienreise durch Deutschland in die weitverzweigten und schwierigen Geschäfte eines Arbeitersekretärs einführen ließ. So verweilte er mehrere Tage im Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. . . . Das Stück hochbewegten sozialen Dramas, das sich alltäglich in einem deutschen Arbeitersekretariat — mitunter direkt seelisch erschütternd — abspielt, sprach da zu seinem stark sozial empfindenden Herzen. Rechtsuchende gingen in ununterbrochener Folge durch das Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. Wie interessierten den jungen werdenden Arbeitersekretär Ebert die einzelnen Typen des Klientels des Frankfurter Sekretariats! Von dem Lumpenproletariat an, dessen Sprossen oft in den dunklen Gassen Alt-Frankfurts eine ganz verkommene Zuhälterexistenz führten, bis zu den im behaglichen Wohlstand lebenden Mittelklassen waren alle sozialen Gruppen unter den Schutzbefohlenen des Sekretariats vertreten. Wie schwierig war es oft, aus den zusammenhanglosen Angaben verunglückter Arbeiter ein klares Bild von ihren Betriebsunfällen zu gewinnen! Neben den zaghaft und bescheiden auftretenden Unfallverletzten trat mitunter der aufbegehrende Simulant, der bestimmte Nervenleiden erfand oder vorhandene grob übertrieb. Es gereicht der deutschen Arbeiterklasse zur Ehre, daß die Simulanten unter ihr selten sind. Es bedarf aber eines hohen Maßes von Menschen- und Sachkenntnis, um den Prozeß eines Unfallverletzten mit Aussicht auf Erfolg vor den rechtsprechenden Instanzen zu führen. Hatte ein Unfallverletzter das Sekretariat verlassen, so folgte ihm vielleicht eine Ehefrau auf dem Fuße, die ihr Recht gegen den pflichtvergessenen Ehemann sucht, der sie betrogen hat und sie daheim hungern und darben läßt. In völliger Nacktheit entfaltet sich im Sekretariat oft der niederdrückende Jammer proletarischer Ehen, das erschütternde Herzeleid verlassener, geschwängerter Mädchen, die grausige Not der unehelichen Kinder. . . . .

Das Arbeitersekretariat Bremen wurde für Ebert eine treffliche Schule für seinen politischen Beruf. Hier im Sekretariat fielen alle Hüllen vom Menschen ab und ganz nackt stand dieser da im hellen Tageslicht. Wie oft wird der Proletarier künstlich von Leuten konstruiert, die ihre ganze Kenntnis vom proletarischen Hinterhause aus einigen grau-theoretischen Werken, einigen statistischen trockenen Tabellen und einigen verstiegenen Romanen gezogen haben? . . . Das Arbeitersekretariat erzieht trefflich zur klaren Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse, da es mitten in das bewegte Leben selbst gestellt ist. Tausende von Hilfesuchenden öffnen ihre Herzen den Arbeitersekretären, und diese blicken in das vielverschlungene Netz menschlicher Beweggründe. Sie sehen die engen Zusammenhänge von Not und Verbrechen, von Elend und Entartung, und sie haben greifbar die Ursachen der sozialen Massenerscheinungen vor Augen, die unsere Gesetzgebung zu gesetzlichen Eingriffen drängt. Kein Wunder, daß der erprobte, vom sozialen Leben erzogene Arbeitersekretär zum Gesetzgeber berufen ist."

Friedrich Ebert hat das Proletariat nicht erst im Arbeitersekretariat entdeckt. Er hatte ja schon jahrelang mitten im proletarischen Existenz- und Emanzipationskampf gestanden, bevor er das Arbeitersekretariat betrat. Aber für die Beurteilung der Arbeiterfragen in ihrer Gesamtheit bot seine Arbeit in der Auskunfts- und Beratungsstelle reichlichen Stoff. Kritische Sachlichkeit, die doch von warmem Mitfühlen getragen ist, kann sich in solcher Schule voll entfalten. Daß sie in hervorragendem Maße unserm Ebert eignet, daß sie ihm und unserer ganzen Bewegung in oft verzweifelten Lagen die besten Dienste geleistet, das ist in dem Lebensbild Eberts von Kampffmeyer liebevoll und doch nicht unkritisch in scharfen Konturen umrissen. Franz Klühs.

Der Zahnpulver-Berg. Eine der größten Naturmerkwürdigkeiten in der Welt ist der „Zahnpulver-Berg" zu Arizona in den Vereinigten Staaten. Der Berg liegt in der Nähe von Tonopha, dem größten Silberbergwerk in der Welt, und nicht weit von den berühmten Comstock-Minen, bei denen Mark Twain dereinst seine journalistische Laufbahn begann. Die Entdeckung des überaus nützlichen Stoffes, aus dem der bisher Mount Superdent genannte Berg besteht, wird einem Zufall verdankt. Schon seit einiger Zeit wußte man, daß Steine des Berges, die zu Pulver zerstoßen werden, die durch Tabakrauchen braun gewordenen Zähne sehr rasch und gründlich in schneeweiße verwandeln, aber daraus die praktischen Folgerungen zu ziehen, war einer Frau Josephine Robinson vorbehalten. Sie ließ sich mit ihren blitzblanken und leuchtenden Perlenzähnen photographieren und machte dafür Reklame, daß sie diese Schönheit nur dem Zahnpulver des Mount Superdent verdanke. Auf diese Weise überzeugte sie einige Geschäftsleute davon, daß der Berg mindestens soviel Reichtümer enthalte wie eine Goldmine, und nun begann die industrielle Ausbeutung, die zur Anlage von großen Zahnpulverfabriken in der Umgegend geführt hat.

Ausnutzung der wirtschaftlich Schwachen.

Der Arbeiter soll Mehrwert schaffen — für die Kapitalisten.

Die Bremer Arbeitnehmerkammer veröffentlicht einen Aufruf gegen die wilde Machtgier des Unternehmertums, der auf die Verhältnisse in ganz Deutschland zutrifft. Er lautet:

In einem Augenblick, wo die Arbeitnehmerschaft stark geschwächt ist, wo die Arbeiter und Angestellten durch schlechte Entlohnung und Arbeitslosigkeit bedingte jahrelange Unterernährung physisch entkräftet, wo ihre und ihrer Verbände Ersparnisse durch die verhängnisvolle deutsche Finanzwirtschaft vernichtet sind, hält **das Unternehmertum die Zeit für gekommen**, den Arbeitnehmern die Arbeitsbedingungen zu diktieren. — Ueberall rüstet das Unternehmertum zur Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit mit ihren ungezählten Gefahren sowohl für den Arbeiter selbst, als auch für die gesamte Wirtschaft des Volkes.

Zur Begründung ihres Vorgehens weisen die Unternehmer auf die außerordentlich hohen Preise deutscher Produkte und die dadurch bedingte mangelnde deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt hin.

Zur Ueberwindung dieser Wirtschaftskrise soll nach Auffassung der Unternehmer eine **Verlängerung der Arbeitszeit** erforderlich sein. Die Unternehmer sind sich der Unlogik, die in der Begründung ihrer Forderung liegt, wohl bewußt. Sie wissen, daß **der prozentuale Anteil der Arbeit an den Herstellungskosten** der deutschen Produkte im Gegensatz zu den Anteilen der übrigen Herstellungskosten infolge des außerordentlich niedrigen Arbeitslohnes **weit geringer ist als vor dem Kriege.** Der heutige Arbeitslohn beträgt durchschnittlich nicht viel mehr als **die Hälfte des Vorkriegsarbeitslohnes**, während der Lohn des ausländischen Arbeiters, insbesondere der Arbeiter Englands und Amerikas, unserer Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, trotz weitgehendster Einführung der achtstündigen Arbeitszeit um mehr als die Hälfte gestiegen ist. Durch **unter dem Existenzminimum liegende Arbeitslöhne und verlängerte Arbeitszeit** will der deutsche Unternehmer die Ueberteuerung der deutschen Waren beseitigen, **ohne die an der Verteuerung wirklich schuldigen Mißstände** der deutschen Wirtschaft auch nur zu erwähnen. Für alle diese Mißstände, insbesondere die geradezu an Willkür grenzende Preiskalkulation, das fast völlige Aufhören der Konkurrenz im Inland, die durch den niedrigen Arbeitslohn hervorgerufene **Vernachlässigung der technischen und wirtschaftlichen Verbesserung** und Instandhaltung der Betriebe und vor allem die preissteigernde Syndikatspolitik, die die Kosten des unter den ungünstigsten Umständen, d. h. in dem technisch und wirtschaftlich rückständigsten Betrieb hergestellten Produkts maßgebend sein läßt für den Preis aller gleichen in Deutschland produzierten Waren, soll nun in einem möglichst niedrigen Arbeitslohn und einer langen Arbeitszeit ein Ausgleich geschaffen werden. Mit größter Rücksichtslosigkeit versucht der Unternehmer **den Augenblick der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Schwäche der Arbeitnehmer auszunutzen** und diesen alle die aus der fünfjährigen Mißwirtschaft erwachsenen Lasten aufzuzwingen.

Der Arbeitnehmer, der **die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung** wohl erkennt, ist zweifellos bereit, das zu einer Produktionssteigerung Notwendige zu tun. Immer wo es galt, im **Allgemeininteresse Opfer zu bringen, hat der deutsche Arbeitnehmer** nicht gezögert, das beweist auch sein Verhalten während der Ruhraktion, unter deren Folgen gerade die Arbeitnehmer heute noch schwer leiden. Man kann nun aber nicht von den Arbeitnehmern verlangen, daß sie [illegible] **die Last allein tragen**, man darf ihnen insbesondere nicht [illegible] letzten Jahrzehnten schwer erkämpften sozialpolitischen [illegible] wirtschaftlichen Errungenschaften nehmen. Das Unternehmertum [illegible] gewarnt, den Bogen zu überspannen! Während ge[illegible] den Unternehmern und ihnen nahestehenden Kreisen [illegible] des Klassenkampfes verdammt wurde, sind es jetzt die Unternehmer, die in dem Augenblick, wo ihre Macht überwiegt, den Arbeitnehmern rücksichtslosen Kampf ansagen. Diktat ist jetzt ihre Losung. Was kann und darf dieses Unternehmertum von einem etwaigen späteren Siege der Arbeitnehmer erwarten? **Es wird ernten, was es jetzt sät!**

Vom **Reiche** fordern die Bremer Arbeitnehmerkammern, entsprechend **Artikel 157 der Reichsverfassung**, nach dem die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutze des Reiches steht, **für die wirtschaftlich im Augenblick mehr denn je schwachen Arbeitnehmer einzutreten** und nicht zu dulden, daß das Kapital seine Machtstellung rücksichtslos ausnützt und Raubbau an dem kostbarsten Gut der Nation, der Arbeitskraft ihrer Bürger, treibt. Nationales Interesse erfordert heute mehr denn je **Schutz der heimischen Arbeitskraft** durch den Staat, denn das mit Notwendigkeit einfließende ausländische Kapital kennt von sich aus keine Grenzen in der Ausnützung der ihm national fremden Arbeitskraft.

An **die Sozialpolitiker** Deutschlands richten die Kammern die Bitte, sich eingedenk ihrer historischen Mission schützend vor die wirtschaftlich Schwächeren zu stellen und all ihren moralischen Einfluß aufzubieten, um die **Arbeitgeber an dem blinden Ausnutzen ihrer Macht zu hindern.** Die letzte Zeit hat gelehrt, daß Sozialpolitik heute mehr not ist denn je. Wie zur Zeit des Frühkapitalismus die wirtschaftliche Notwendigkeit der Bildung von Kapital sich die Manchesterlehre, die Lehre vom ungehemmten Auswirken der wirtschaftlichen Kräfte schuf, so hat heute nach der ungeheuren Kapitalvernichtung des Weltkrieges die Notwendigkeit der Neubildung von Kapital sich eine Doktrin geschaffen, die wieder die Notwendigkeit eines **ungehinderten Spiels der freien Kräfte predigt**, die alle sozialpolitischen Institutionen für Hemmnisse der wirtschaftlichen Gesundung und des wirtschaftlichen Fortschrittes hält und daher ihre Abschaffung empfiehlt. Dieser Lehre, die das Unternehmertum in seinem kurzsichtigen Vorhaben bestärkt, gilt es entgegenzutreten. Dem Neumanchestertum muß eine innerlich neu erstarkte Sozialpolitik gegenübertreten. Einen Streit um die Daseinsberechtigung der Sozialpolitik darf es nicht [illegible] geben. Wer von den früheren Vertretern der Sozialpolitik heute noch angesichts der Notlage des arbeitenden Volkes die Daseinsberechtigung der Sozialpolitik weiter bezweifelt, der hat nach Ansicht der Kammern den Namen eines Sozialpolitikers von jeher zu unrecht getragen.

Den Arbeitnehmern aber raten die Bremer Arbeitnehmerkammern, sich durch das Vorgehen der Unternehmer nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, sondern **Disziplin zu wahren** und sich **fest an ihre Organisationen** anzuschließen. Nur durch planmäßig organisiertes Wirken kann die völlige Verelendung der Arbeitnehmerklasse verhindert und ein lebenswertes Dasein für alle wieder erkämpft werden.

•

Für die Absichten der Unternehmer bezüglich der Verlängerung der Arbeitszeit wie für ihre Taktik zur Durchführung ihrer Pläne bezeichnend ist ein Rundschreiben des **Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen- und Holzstoffindustrie** vom 22. November. Darin heißt es u. a., daß Regierung und Parlament bisher um das Arbeitszeitgesetz wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen seien. **Mit einer zehnstündigen Arbeitszeit sei den Industrien mit kontinuierlichen Betrieben nicht geholfen.** Vom Reichsarbeitsminister ist bekannt geworden, daß er in den letzten Wochen seinen Standpunkt in der Arbeitszeitfrage wesentlich im Sinne einer gesunden Produktionspolitik umgestellt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er die mehr beaufsichtigende Tätigkeit an den Maschinen als Arbeitsbereitschaft anzusprechen geneigt sein würde, wodurch eine Beschäftigung über die Dauer von 10 Stunden hinaus möglich gemacht worden wäre."

Die Unternehmer spekulieren so: Wenn der Reallohn derart niedrig gehalten wird, daß er zur Beschaffung der Lebensmittel nicht mehr ausreicht, dann haben wir die Arbeiter so weit gebracht, daß sie sich das Halsband einer zehn- und mehrstündigen Arbeitszeit leichter umlegen lassen. „So oder so" — sagen sich die Unternehmer — auf jeden Fall blüht unser Profit mehr noch als bisher mit der Nebenwirkung, daß die Zeitungen infolge der hohen Papierpreise für viele Arbeiter zu teuer werden, so daß sie sich das Lesen ihrer Zeitungen ganz abgewöhnen. —

Diese Spekulation in Verbindung mit der Spekulation der Unternehmer auf mangelnde gewerkschaftliche Organisation und damit ungenügende Widerstandskraft, müssen die Arbeitnehmer zuschanden machen.

---

der Ausfuhr 28 326, insgesamt also 71 433 Tonnen gegen 58 852 im Vormonat und 53 725 (25 143 in der Einfuhr und 28 582 in der Ausfuhr) im Dezember v. J. Die ausgeführten Warenmengen sind sich also gleich geblieben, die Einfuhr weist dagegen rund 18 000 Tonnen [illegible] als im Vorjahre auf. Das ist auf die erhöhte Zufuhr [illegible] Steinkohlen aus England zurückzuführen, die in diesem Jahre [illegible] Tonnen betrug, gegenüber nur 6691 Tonnen im vorjährigen Dezember. Erze wurden 12 726 und Schamotte und Kalksteine 2633 Tonnen angebracht. Ausgeführt wurden u. a. 12 700 Tonnen Salze, 1223 Tonnen andere chemische Erzeugnisse und 2665 Tonnen Gipssteine. Von dem gesamten Güteraustausch entfielen 26 559 Tonnen auf den Verkehr mit Schweden, 24 947 auf den mit England, 7921 Tonnen auf den mit Dänemark, 4181 Tonnen auf den mit Finnland, 2838 Tonnen auf den mit Norwegen und 3497 Tonnen auf den mit Lettland.

Eisbericht.

(Vom 10. Januar.)

In der Lübecker Bucht zeigt sich als Folge des südlichen und östlichen Windes, welche das Eis von der mecklenburgischen Küste absetzen, strichweise Treibeis, ohne daß jedoch dadurch die Schiffahrt behindert wird.

Der Travemünder Hafen ist, abgesehen von etwas Treibeis, noch immer so gut wie eisfrei.

Die durch Eisbrecher offengehaltene Fahrrinne zwischen Travemünde und Lübeck ist auch für kleine Dampfer ohne Schwierigkeit durchfahrbar.

Der Lübecker Hafen ist mit zerstückeltem Eis bedeckt, welches der Schiffahrt keine Schwierigkeiten bietet.

Der am 8. Januar 1924 mittags 3 Uhr von Travemünde nach Malmö abgegangene Dampfer „Ludwig Kollberg" ist bereits am 9. Januar um 12 Uhr mittags daselbst angekommen, muß also in der Fahrt durch den Sund an der schwedischen Küste sehr günstige Eisverhältnisse angetroffen haben.

Der Kapitän des am 9. Januar von Bremen eingetroffenen Dampfers „Cakorp" meldet, daß er in der Kieler Bucht etwas Treibeis angetroffen habe, während die übrige Strecke, Fehmarn und Lübecker Bucht eisfrei gewesen sei.

Der am gleichen Tage von Stockholm in Lübeck eingetroffene Dampfer „Aldebaran„ hatte ebenfalls kein hörendes Eis bemerkt. Der mit Vieh beladene Dampfer „Delphin" ist, von Kolding kommend, nach einer normalen Reisedauer von 1½ Tagen hier eingetroffen.

Barlohn der Landarbeiter.

Zur Errechnung der Löhne der in den Zulagevereinbarungen zum Provinz-, Dithmarscher und Fehmaraner Tarifvertrag vorgesehenen Gruppen gilt für die Lohnzahlung ein Roggenpreis von 7,50 Rentenmark = 25 Proz. + 9,38 Mk., pro Pfund also 93750 Millionen Mark, und zwar für die Zeit vom 7. bis 12. Januar.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Verein Arbeiterpresse und Unterstützungsvereinigung. Sonntag, 13. d. Mts., vorm. 10 Uhr, pünktlich im Gewerkschaftshaus: Wichtige Versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. (10435

Stadttheater. Am Sonnabend findet die erste Wiederholung von Hebbels „Gyges und sein Ring" statt. Es gastiert an diesem Abend Fräulein Hildegard v. Zedwitz vom früheren königlichen Hoftheater Schauspielhaus als Rhodope. Am Sonntag geht erstmalig in dieser Spielzeit Verdis „Rigoletto" in Szene mit der in Lübeck allseitig beliebten und bekannten Künstlerin Doris Kern-Rothaug als Gilda und Herrn Probaska als Rigoletto.

Hansa-Theater. Die Lübecker Lokal-Operette „Muschi" hat auch hier einen vollen Lacherfolg errungen, sodaß wohl eine Reihe von Aufführungen zu erwarten ist. Auf die am Sonntag nachmittag 3 Uhr stattfindende Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen „Hänsel und Gretel" sei nochmals aufmerksam gemacht.

Angrenzende Gebiete.

K. **Eutin.** Ueber die Sitzung des Landesausschusses ist noch zu berichten: Beim 5. Tagesordnungspunkt, der den Antrag des Genossen Fick-Stockelsdorf betr. Bereitstellung von Mitteln für Bekleidung und Arbeitsgerät der Erwerbslosen betraf, entspann sich eine sehr rege Debatte um die Frage der Erwerbslosen. Von unseren Rednern wurde sehr scharf die Auslegung der Verordnung vom 15. Oktober 1923 seitens der Regierung kritisiert. Unsere Redner waren der Ansicht, daß die Ausführung von Bauten (Arbeitsnachweisgebäude, Schulhausneubau in Neustadt) nicht unter diese Verordnung fällt. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Fick, Hensel, Lambrecht und Ketelsohn. Es wurde dann, wie berichtet, ein Antrag unserer Fraktion angenommen, den Erwerbslosen bei 4 Stunden Arbeitszeit ein Gehilfengeld von 50 Pfg. pro Tag zu bewilligen.

Hamburg. Die gewerkschaftliche Notstandsspeisung ist am Mittwoch in der Küche Neustädterstraße eröffnet worden. Das verabreichte kräftige und schmackhafte Essen, es gab Bohnensuppe, wurde allseitig lobend anerkannt. Zu der Portion Essen gab es noch ein großes Stück Brot. Vorläufig wird erst in dieser Küche gekocht. Es besteht die Absicht, in der nächsten Zeit auch in den verschiedenen Stadtteilen weitere Küchen zu eröffnen.

Schwerin. Das nichtwertbeständige Notgeld wird von allen Landeskassen im Januar nur noch angenommen, aber nicht wieder ausgegeben. Es handelt sich um die mecklenburg-schwerinschen Notgeldscheine über ½, 1, 2 und 5 Millionen, 10, 20, 50 und 100 Milliarden. Von Gemeindekassen werden diese Scheine vom 1. Februar, von den staatlichen Kassen vom 7. Februar ab nicht mehr angenommen.

Theater und Musik.

Künstlerischer oder sittlicher Tiefstand.

Von Zeit zu Zeit wird in der großen auswärtigen Presse über Darbietungen des Lübecker Stadttheaters berichtet. Nicht immer zu dem Zweck, ein größeres Publikum über den Stand des hiesigen Kunstschaffens zu unterrichten, sondern gelegentlich auch, um einem vorhandenen Rachegefühl Luft zu machen. Dafür folgendes kleine Beispiel: Die Berliner Zeitung „Der Tag" brachte am 19. Dezember einen Artikel über unsere Lübecker Theaterverhältnisse, in dem die künstlerischen Leistungen und Bestrebungen des Herrn Intendanten Dr. Hartmann einer sehr freundlichen und gerechten Würdigung unterzogen wurden. Darüber könnte man sich aufrichtig freuen, wenn nicht die zutreffende Beurteilung des gegenwärtigen Leiters unserer städtischen Bühne dazu benutzt worden wäre, um die künstlerische Persönlichkeit des früheren in wenig vornehmer und völlig unwahrer Weise herabzusetzen. So wird in dem erwähnten Artikel, der sicherlich von Lübeck eingeschickt worden ist, obwohl sein Verfasser nicht den Mut gehabt hat, ihn mit seinem Namen zu decken, behauptet: „Nach einigen **Jahren des Niedergangs** unter einer **lediglich geschäftlichen Zwecken nachgehenden Direktion**, während welcher **das Theater auf eine empfindliche tiefere Stufe herabkam**, sieht man nun einen schönen Aufstieg." „. . . nachdem das Publikum einige Jahre **mit dem alten Repertoireschlendrian der Provinztheater abgefüttert** war . . . ." Wer sich nur etwas um die Lübecker Theaterverhältnisse gekümmert hat, der weiß, wie grundfalsch und persönlich gehässig die vorstehend zitierten Auslassungen sind. Es bedarf nur eines Blickes auf den Spielplan der vergangenen Jahre, um das zu erkennen. Ganz abgesehen von den Glanzleistungen des Herrn v. Bongardt bei besonderen Anlässen. Geschäftliche Zwecke sind nie verfolgt worden, wenn man darunter persönliche Bereicherung versteht; daß das Repertoire auch auf den Kassenrapport etwas Rücksicht nehmen mußte und ebenso heute noch muß, ist leider nicht zu umgehen, soll das Theater überhaupt existieren. Ein Theaterleiter, der das nicht täte, wäre fehl am Ort, auch wenn ihn die Mitarbeiter auswärtiger Blätter deshalb noch so sehr preisen würden. Im übrigen muß es wohl allen objektiv denkenden Besuchern des Lübecker Stadttheaters überlassen werden, zu entscheiden, ob man im vorliegenden Fall von einem Tiefstand des Lübecker Theaters unter Herrn v. Bongardt oder von dem Tiefstand der Moral des „Tag"-Mitarbeiters sprechen kann.

Paul Löwigt.

Viertes „großes" Sinfonie-Konzert im Stadttheater.

So wenig das Verdienst des alten böhmischen, 1757 zu Mannheim verstorbenen Musikus Johann Wenzel Anton Stamitz (Steinmütz!) verkleinert werden soll, so mag es doch zweifelhaft erscheinen, ob wirklich ein dringendes Bedürfnis vorlag, seine D-dur-Sinfonie hier aufzuführen; der Modergeruch des Antiquariats läßt sich nicht vertreiben, die Züge dieser Tonschöpfung sind verblaßt und ohne Leben. Wenn auch die Sinfonie-Sätze der sogenannten Mannheimer Schule (noch eindringlicher bei Stamitz' jüngerem Kollegen Franz Xaver Richter) bereits deutlich Merkmale der klassischen Sonate aufweisen und den Anstoß für die Entwickelung der von Haydn, Mozart und Beethoven zur höchsten Blüte gebrachten Sonatenform gaben, heute werden diese einst bahnbrechenden Arbeiten kaum mehr abnötigen, als eine kühle Verbeugung vor ihrem historischen Wert; den Musikforscher erfreut wohl die Form, der Musikfreund vermißt den Klang, der in seinem Herzen Widerhall erweckt — und die geniale Kraft, die Zeitunterschiede zu überbrücken, hat nun der gute Johann Stamitz doch nicht! Zu den Streichern nimmt er Hörner, Oboen, Trompeten und Pauken, und gewiß würde diese neumodische Vielgestaltigkeit des Ausdrucks von den Zeitgenossen bestaunt — im D-dur-Violinkonzert verzichtet Mozart auch auf Trompeten und Pauken und gibt so typisch und herkömmlich Vieles ist, weit mehr; der Fortschritt der musikalischen Entwicklung, das Selbständigwerden des Ausdrucks, das Hervortreten des, was man „Linie" nennt, werden deutlich fühlbar, und vor allem: Mozarts Melos hält dem Zahn der Zeit stand, Optimisten meinen für immer. Herr Professor Rudolf Schiring spielte das graziöse, klingende Werk mit der Sicherheit, mit der zuverlässigen Technik und mit dem feinen Empfinden eines geschulten Kenners und Könners. — Den Beschluß des Programms machte Anton Bruckners hierorts bereits aufgeführte, dieses Mal anscheinend etwas oberflächlich vorbereitete sechste Sinfonie in A-dur; bruckneriſch klang in der Wiedergabe jedenfalls nur das Adagio, dessen feierliche Innerlichkeit und wehmütige Resignationsstimmung den Vorrang vor dem Pathetischen behaupten und hier das Spiel des Orchesters beseelten. Man sollte übrigens meinen daß ein Publikum, welches heute so bruckneriſnteressiert tut („Bruckner ist Armeebefehl geworden" sagte Hanslick) einem solchen Werk gegenüber ohne Vorbereitung nicht auskommen könne — in der maßgebenden Musikalienhandlung war nicht eine einzige Einführung verkauft. H.

Fidelio. Oper von L. van Beethoven. Der Schwerpunkt dieser Aufführung war in die, von Mitgliedern des Lehrer-Gesang-Vereins trefflich verstärkten Chöre verlegt; der Schluß-Chor (von Herrn Regisseur Daum zu einem sehr wirkungsvollen Bilde geordnet) ließ etwas von der Weihe und von der Macht der Beethovenschen Töne spüren und drang in die Tiefe des Herzens. Der Höhepunkt der Oper dagegen glitt wirkungslos vorüber; die gewaltige Steigerung bis zu dem „noch einen Laut, und du bist tot", die atemraubende Spannung dieses Augenblickes verschwammen in undramatischer Undeutlichkeit. Man kann überhaupt nicht sagen, daß Frau Kehrbach als Fidelio einen glücklichen Tag gehabt hätte; der Tonansatz war nicht immer sicher und gab unnötig der tiefen Lage an Kraft, was die Höhe zuweilen gebraucht hätte. Anscheinend war die Sängerin indisponiert. Herr Probaska sang den Pizarro mit packender, dämonischer Wucht, in der Darstellung dem üblichen Zuschnitt folgend, Einzelheiten sorgsam feilend. In dem sehr wirkungsvoll herausgearbeiteten Duett mit Rocco bewies Herr Fuchs beachtliche Fähigkeiten; auch in dem schwierigen Einsatz des Quartetts hielt er die Stimme geschmackvoll und mit sicherem Einfühlen zurück, ohne daß sie an Klangkraft und Reinheit einbüßte. Ebenso ist dem Florestan des Herrn Heimberg Gutes nachzusagen; seiner vornehmen und stilsicheren Art dankte vor allem das Terzett viel von seiner Wirkung. Das herrliche Maestoso des Ministers war Herrn v. Beerenkamp erfolgreich anvertraut, Herr Sterne sang den Jaquino, Fräulein Studt die Marzelline. — Herr Kapellmeister Karl Mannstaedt hatte sich des Werkes mit liebevoller Sorgfalt angenommen und die große Leonoren-Ouvertüre schwungvoll belebt; über einzelne Tempi wäre zu disputieren. Die Hörner im Allegro con brio der Leonoren-Arie und die Solo-Oboe in Florestans Arie haben wegen der zuverlässigen Ausführung Anspruch auf „lobende Erwähnung". H.

Vermischte Nachrichten.

Dampferkatastrophe im Schwarzen Meer. 300 Menschen ertrunken. Aus Rom wird gemeldet: Der amerikanische Dampfer „Concios" ist auf seiner Fahrt nach Odessa mitten in den orkanartigen Sturm geraten, der seit einem Monat im Schwarzen Meer wütet. Er wurde gegen den Leuchtturm von Trapezunt getrieben und ist hierbei in Trümmer gegangen. 300 Personen, die sich an Bord befanden, sind ertrunken. Niemand konnte sich retten.

Schiffskatastrophen. Sturm und Sturmfluten werden aus vielen Orten an der Westküste gemeldet. Bei Quessant hat der englische Dampfer „Surham" Mittwoch vormittag Notsignale gegeben. Eine Fischerflottille ist zerstört worden. Mehrere Häuser wurden beschädigt. — Aus Neuyork wird berichtet: Der heftige Sturm im Atlantik verzögerte die Ankunft von mindestens sieben Dampfern.

Untergang eines englischen U-Bootes. London, 10. Januar. Die Admiralität gibt bekannt, daß das Unterseeboot L 24 auf der Höhe von Portland untergegangen ist. Man befürchtet, daß die gesamte Besatzung den Tod gefunden hat. Das Unterseeboot L 24 hatte eine Verdrängung von 890 Tonnen über Wasser und führte eine Besatzung von 30 Mann an Bord. Der Verlust des U-Bootes wurde durch einen Zusammenstoß mit dem Schlachtschiff „Revolution" verursacht.

Springflut an der französischen Küste. Aus Paris wird berichtet: Eine Sturmflut hat am Mittwoch vormittag die atlantischen Küste Frankreichs von St. Malo bis Barritz verwüstet. In einigen Orten der Küste sind die Schäden sehr groß. Verluste an Menschenleben werden vorläufig nicht gemeldet, doch ist zu befürchten, daß von den zahlreichen Schiffen und Fischerbooten, die sich in Seenot befinden, einige mit ihren Mannschaften untergegangen sein werden. An der ganzen Küste entlang sind drahtlose Hilferufe von Schiffen verzeichnet worden. Ein großer englischer Dampfer kämpft vor Quessant seit gestern abend gegen den Untergang. Alle Orte der Küste sind schwer betroffen. Ueberall sind die Anlagen für den Badestrand vernichtet. Die Häfen der Schiffahrt sind zerstört, die Kais zertrümmert worden. In Royan wurden vier Schifferbarken in den Vorhof des Kasinos geworfen. Die Mauer des Speisesaals wurde durchbrochen. Noch schlimmer scheinen die Verwüstungen weiter südlich zu sein. In Bordeaux sind Bäume und Dächer niedergerissen, große Teile der Stadt sind überschwemmt. In Arcachon ist die See in die Villen am Strande eingedrungen. Die Verheerungen in Biarritz sind furchtbar! Der ganze Strand vom Leuchtturm bis zu den Kais ist zerstört. Die Badeanstalt und das neben ihr liegende Cafe liegen in Trümmern. Die Bäume der Anlagen sind niedergebrochen. Der glänzende Badeort ist zur Ruine geworden. Einige Zeitungen melden, daß in La Rochelle und in anderen Orten Erdstöße verspürt worden sind.

Raketenpost im 17. Jahrhundert. An einen kuriosen Vorläufer der Flugzeugpost erinnert in einer Reminiszenz aus der piamontesischen Geschichte ein italienisches Blatt. Im Jahre 1640 war Turin von den Franzosen hart bedrängt, und die Stadt war durch die Belagerungstruppen so vollständig von der Außenwelt abgeschlossen, daß sich die Belagerten jedes Mittels beraubt sahen, mit den spanischen Entsatztruppen, die jenseits des Po auf einem Hügel lagerten, in Verbindung zu treten. Verzweifelt hatte Fürst Tommaso von Savoyen, an den die Markgrafschaft Turin durch Heirat gefallen war, alles aufgeboten, um eine Verbindung mit den Spaniern herzustellen. Da kam in der höchsten Not sein Feldhauptmann Frugone auf einen originellen Einfall. Er ließ in der fürstlichen Geschützgießerei eine hohle Kanonenkugel gießen, in deren Höhlung durch einen offengelassenen Schlitz die für den spanischen General bestimmten Briefschaften eingeführt wurden. Dann wurde die Oeffnung geschlossen und in das Metall eine Inschrift eingeritzt, die über den Inhalt der Kanonenkugel orientierte. Die Kugel wurde dann in das Geschütz geladen, und das Ziel so sicher genommen, daß sie auch richtig das Lager der Spanier erreichte. Durch die Aufschrift aufmerksam gemacht, öffneten die Spanier den Schlitz, die Briefschaften wurden herausgenommen und dem Befehlshaber übergeben. Dann wurde die Antwort auf demselben Wege mit der Kugel in die belagerte Stadt gefeuert.

Falschgeldüberflutung in Chikago. Wie amerikanische Blätter berichten, muß Chikago gegenwärtig eine Flut falschen Papiergeldes über sich ergehen lassen, wie sie in der Geschichte der Stadt noch nicht dagewesen ist. Man schätzt die Höhe der im Umlauf befindlichen falschen Dollarnoten auf eine Million. Chikago ist die Stadt der weltberühmten Fleischpackereien und des größten sozialen Elends, das es überhaupt in den Vereinigten Staaten gibt. Wenn nun die Falschmünzerwerkstätten, an denen Chikago nie arm war, jetzt besonders üppig aus dem Boden schießen, so ist das vielleicht ein Zeichen dafür, daß die Arbeitslosigkeit und überhaupt das soziale Elend, das gewöhnlich die Vorbedingung für das dunkle Gewerbe der Geldfälscher ist, in Chikago stärker als vor dem Kriege zu Hause ist. An einigen technischen Besonderheiten, die die meisten Falsifikate tragen, ersehen die Chikagoer Polizeiorgane, daß sie es mit mehreren Falschmünzerbanden zu tun haben, die wahrscheinlich vollkommen voneinander getrennte Werkstätten unterhalten. Man glaubt, daß die Fälscher inzwischen Chikago verlassen haben, um ihr gefährliches Gewerbe in einer anderen Stadt, womöglich in Neuyork weiterzubetreiben.

Das Auslegen der Wählerlisten

(13. bis 20. Januar.)

Die Wählerlisten für die am 10. Februar 1924 stattfindende Bürgerschaftswahl liegen in der Zeit vom 13. bis einschließlich 20. Januar 1924 zur Einsicht der Wahlberechtigten aus. Ort und Zeit der Auslegung sind in der amtlichen Bekanntmachung der gestrigen Nummer ersichtlich. Als Wählerlisten werden die Stimmlisten für den am 6. Januar stattgefundenen Volksentscheid verwendet. Sie sind ergänzt durch die Eintragung derjenigen Wahlberechtigten, welche bis zum 10. Februar 1924 das zwanzigste Lebensjahr vollenden und mindestens bis zum 10. November 1923 ihren Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiet genommen haben. Daneben sind in die Listen die Aenderungen eingetragen, welche durch Umzug, Zuzug, oder Abzug der Wahlberechtigten eingetreten sind.

Sport.

Am Sonntag, dem 13. Januar, beginnt nun die Frühjahrsserie für die Freie-Sport-Vereinigung. Es spielen folgende Mannschaften auf dem Kasernenhofe Fackenburger Allee. 9³⁰ Uhr: F.S.V. III gegen B.S.V. II. 11¹⁵ Uhr: F.S.V. II gegen Stockelsdorf I. 2 Uhr: F.S.V. I gegen A.F.V. Moisling I. Um 1 Uhr mittags findet ein Schülerspiel statt, das sehr interessant werden wird. Es haben F.S.V.-Schüler und Stockelsdorf-Schüler sich einen schweren Gegner ausgesucht. Hamburg 93 wird mit einer sehr starken Schülermannschaft antreten, wo sich unsere und Stockelsdorfer Schüler ranhalten müssen, um gut abschneiden zu können. (10425 **K. G.**

Am Sonntag, dem 13. Januar, nachmittags ½2 Uhr, stehen sich im fälligen Bezirksspiel Kücknitz I—A.T.V. I gegenüber. Da beide Mannschaften über eine spielstarke Elf verfügen, ist ein spannendes und faires Spiel zu erwarten. Ferner spielen:

9³⁰ A.T.V. III—F.S.V. IV
11¹⁵ A.T.V. II—Kücknitz II. (10442

Auch hier wird guter Sport sicher sein. Sämtliche Spiele finden auf der Falkenwiese statt. J. A.: Rebenstörp.

Touristenverein „Die Naturfreunde". 13 Januar. Hüttenarbeit. Abfahrt 7⁰⁴ Geibelplatz, nicht 6²⁴. Schlitten mitbringen. 20. Jan. Hüttenarbeit Priwall. Näheres nächsten Freitag. (10438

Wetterbericht.

(von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

Mölln, 10 Januar. (Nachdruck verboten.)

Für die nächste Woche (13.—19. Januar einschl.) ist nach unseren Untersuchungen noch nicht mit einem völligen Zusammenbruch der gegenwärtigen Frostperiode zu rechnen, wenn auch zeitweise, wie um den 13. Januar, eine Milderung, im Winde an der Küste sogar vorübergehend Tauwetter eintritt. Doch bringt die Kälte bei N.—Ost-Winden bald wieder vor. Schneefälle sind in den ersten und letzten Tagen sehr verbreitet. Zeitweise herrscht heiterer Himmel, besonders im 2. und letzten Wochendrittel. Die Nächte sind oft klar. — 13. Jan.: Milder, meist trübe, lebhafte SW.- bis NW.-Winde, verbreitete Schneefälle, Temperatur tags nahe Null. Küste und Westen zeitweise Tauwetter. — 14. Jan.: Kälter, zeitweise aufklarendes Frostwetter, schwache NW.- bis N.-Winde, verbreitete Schneefälle. — 15. Jan.: Wechselndes bis heiteres, meist trockenes Frostwetter, Temperatur stark sinkend. Vereinzelte Schneefälle im S. und Osten. — 16. Jan.: Fortdauer der herrschenden Frostwitterung mit weiter sinkender Temperatur, vielfach heiter im Binnenlande. — 17. Jan.: Heiter, trocken, sehr kaltes Frostwetter mit leichten und östlichen Winden. — 18. Jan.: Fortdauer bei scharfem Frost. — 19. Jan.: Keine wesentliche Aenderung. Im SW., S. und SO. Schneefälle.

Briefkasten.

H. Z. Betreffs der Hypotheken wird in nächster Zeit eine neue Verordnung der Reichsregierung herauskommen, die auch im „Volksboten" veröffentlicht wird. Ihr Bankguthaben kann die Bank nicht ohne weiteres streichen, jedoch braucht sie ihnen die Summe nur in Papiermark auszuzahlen, was im Effekt dasselbe ist.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 10. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Bei unveränderten Preisen verkehrte der heutige Markt in ruhiger Haltung bei kleinen Umsätzen. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo: Weizen 156 bis 164, Roggen 140—144, Hafer 118—126, Wintergerste 155 bis 160, Sommergerste 165—175 ab inländ. Stationen einschließlich Vorpommern, ausländ. Gerste loko 168—172, Mais loko 172 bis 174 frei Kaiwaggon. Oelkuchen ruhig und unverändert.

Futtermittel. Hamburg, 10. Januar. Mais loko in Rentenmark 8.60. Reisfuttermehl (24proz.), Januar-März in Dollar 1.45. Rapskuchen, Januar, in holl. Gulden 7.65. Palmkuchen, Januar-März, in holl. Gulden 7.90. Inlandsweizenkleie, loko, in Rentenmark 4.00. Tendenz: abgeschwächt. Kuchen behauptet, ohne Geschäft.

Heu und Stroh. Hamburg, 10. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose 3.20, gepreßt 3.—, Getreidestroh, gebündelt 1.10, gepreßt 1.30, alles je Zentner frei Waggon, inländische Verladestation. Tendenz: Bei leicht befestigten Preisen etwas freundlicher.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futtergetreidehandels. Hamburg, 10. Januar. Hafer 4.60, Mais [illegible], Hartfeld 3.75, Wiesenheu gebündelt 5 Mk., Preßstroh 3.75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Schlachtviehmarkt. (Amtlicher Marktbericht.) Hamburg, 10. Januar 1924. Der Rinderauftrieb belief sich auf 1 [illegible] Stück, davon waren 230 dänischer Herkunft; der Auftrieb bestand aus 793 Ochsen, 89 Bullen, 127 Kühen und [illegible] Rindern. Die Preise waren: Ochsen: I 0.50—0.52 Mk., II 0.42—0.47 Mk., III 0.34—0.40 Mk., IV 0.20—0.32 Mk.; Bullen: I 0.42—0.46 Mk., II 0.35—0.56 Mk., III 0.30—0.35 Mk., IV 0.20—0.30 Mk.; Kühe: I 0.45—0.50 Mk., II 0.40—0.44 Mk., III 0.28—0.36 Mk., IV 0.12—0.25 Mk. Die Anlieferungsgebiete für die inländischen Rinder waren: Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg. Der Verkauf betrug 650 Rinder. Ferner wurden 897 Weidemastschafe angetrieben. Die Preise waren: I 0.45—0.50 Mk., II 0.40—0.45 Mk., III 0.25—0.30 Mk. Anlieferungsgebiete: Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Der Verkauf betrug 450 Schafe. Die Preise verstehen sich für ein Pfund Lebendgewicht. — Der Rindermarkt verlief mittelmäßig. Es waren heute eine etwas größere Zahl zur Verfügung als in der Vorwoche, doch erfolgte der Abtrieb schneller allerseits; besonders für den Verkauf zeigte sich ein großer Bedarf. Die Preislage verschob sich zugunsten der Verkäufer. — Der Schafmarkt verlief rege. Hier genügte das Angebot der Nachfrage nicht und zogen die Preise gleichfalls an.

Amtlicher Teil

Bürgerschaftswahl.

Die Wahlvorschläge für die am 10. Februar 1924 vorzunehmende Neuwahl der Bürgerschaft sind bis zum Sonntag, dem 20. Januar in der Kanzlei der Bürgerschaft (Rathaus) einzureichen.

Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens dreißig Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

Die Wahlvorschläge können bis zum Sonntag, dem 27. Januar ergänzt oder berichtigt werden.

Gustav Ehlers,
(10432) Wortführer der Bürgerschaft

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 2 vom 11. Januar 1924 enthält: (10448

Sechster Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 9. November 1912, betreffend die Prüfungsordnung für die zweite juristische Prüfung. — Verordnung zur Ausführung der Verordnung der Reichsregierung über die Arbeitszeit. — Zweiter Nachtrag zu der Verordnung vom 22. September 1923 zur Ausführung des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923. — Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung zur Ausführung des Artikels VI Abs. 3 des Notgesetzes vom 13. Juli 1923.

Aufgebot.

1. Der Kaufmann Hans **Kroeger** in Lübeck, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Wittern, Schorer, Dr. Munck in Lübeck,
2. der Arbeiter Jochen Heinrich **Bohnhoff** in Lübeck, Reiferstraße 17 a,

haben das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung der Hypothekenbriefe

zu 1) über die im Grundbuch von Lübeck St. Gertrud, Blatt 1324 in Abt. III unter Nr. 10 für den Direktor August Nachmanson in Stockholm eingetragene Darlehnshypothek über 15 000.— Mark,

zu 2) über die im Grundbuch von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 51 in Abt. III unter Nr. 5 für den Antragsteller eingetragene Hypothek über 500.— Mark.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert seine Rechte spätestens in dem Termine

am 29. April 1924, vormittags 11½ Uhr,

anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. (10424

Lübeck, den 4. Januar 1924.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Gesucht Hobelbank, eventl. mit Geschirr. Ang. unt. C 578 an die Exp. d. Bl. (10418

1 Schreibmasch., 1 leicht. Winter-Paletot zu verk. Zu erfragen Dornestr. 22 von 2—5 Uhr. (10447

Der Reichsminister des Innern hat genehmigt, daß ausnahmsweise zu Ostern d. Js. besonders begabte und reife Schüler und Schülerinnen des dritten Grundschuljahres in eine mittlere oder höhere Schule übertreten. Diesbezügliche Anträge sind bis zum 18. d. Mts. seitens der gesetzlichen Vertreter der Kinder bei dem Leiter der Schule zu stellen, die die Kinder zurzeit besuchen. (10450

Lübeck, 10. Jan. 1924.

Die Oberschulbehörde.

Nichtamtlicher Teil

Junge Frau sucht i. d. Nachm. o. Abendst. Beschäftigung. u. C 576 a. d. Exp. (10428

Suche als (10436
Hausmädchen
Stellung. 18 Jahre alt. Off. u. C 580 a. d. Exp.

Einzelne Dame sucht 2-Zimmerwohn. m. Küche. Ang. unter C 579 a. d. Exp. d. Bl. (10433

Junger selbständiger Schuhmacher sucht Laden oder kleine Stube als Werkstatt. Ang. u. C 575 an die Exp. d. Bl. (10426

F. n. Fußballm. Gr. 41 u. gt. Knabenm. 10—12 J. zu verkf. (10445 Travelmannstr. 41/43 III r.

G. erh. Konfirmandenanzug zu verkauf. (10432 Hansastr. 58 I.

Gr. weiß. Emailleherd z. verkf. Z. besch. n. 4 Uhr (10427) Dorotheenstr. 15p

G. erh. Schlitten z. vkf. Preis 5 Gs-Mk. (10451 Meierstr. 30a, I.

G. erh. Klapp portwg. m. Verd. z. verkf. (10449 Bismarckstr. 10 pt.

E. Petrol.-Stehlampe, Petrol-Masch. u. Wrmmasch. z. verk. (10419 Engelswisch 59.

Pferde-Schlitt. u. Geläut evl. Ofen, Schlittsch. verkf. od. tausch. (10440 Fackenburger Allee 58 a. 1356 Telephon 1356.

1 gr. Zugänger
sowie 1 jung. tragendes Schaf bill. z. verk. (10441) Ernststr. 12

Z. kaufen gesucht
2 Katzen
Hermann Kruse
(10431) Fleischhauerstr. 39

FELLE
Rind- Kalb- Schaf- Ziegen- | Rehe- Hasen- Kanin- Katzen-
sow. alle anderen Felle u.
HAARE
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26, Holstenstraße 8. (10421 Fernsprecher 8414.

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett. dir. a. Priv., Kat. 43 U frei, (10204) Chemnitzer Bettenfabrik Schillig.

Ausgelassener Rindertalg
Pfund 60 Pfg. 10439
W. C. Koeppcke.

Probieren Sie unsere Lebewohl
Allerfeinste **Tafel-Margarine**
Pfund **nur 80** Pfg.
Rostocker Butterhandlung
Beckergrube 9. Hörstraße 119.
(10446)

Meiner Kundschaft zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage außer Gefrierfleisch sämtliche Fleischwaren in frisch geschlachtetem Zustande führe und empfehle billigst: (10456
Frisches Rindfleisch Pfund 70 ₰
Frisches Hack Pfd. 80 ₰ Braten Pfd. 80 ₰
Rollfleisch und Beefsteak . . . . Pfd. 1.00
Rumpsteak Pfd. 1.20 Filet Pfd. 1.40
Ia. fr. Schweinefleisch Pfd. 90 ₰
Braten Pfd. 1.00 Karbonade Pfd. 1.20
Gefrier-Rindfleisch . . . Pfund 60 ₰
Rollfleisch und Beefsteak . . . . . Pfd. 90 ₰
Hammelfleisch 60 ₰ Keule 70 ₰
Frische Leberwurst . . . . . Pfd. 80 ₰
Kopffleisch Pfd. 40 ₰ Schmalz Pfd. 85 ₰
O. Stöver, Wahmstraße 22. Telephon 2133.

Kohlen
Koks
Briketts
Grude
Braunkohlen
Holz
(10428
empfiehlt frei Haus und ab Lager
Hans Lübcke
Wickedestr. 33-35.
Telephon 2378.

Selbstbesohler!
Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ „ 0.60—1.00
Garantiert rein Kern!
Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 10380
Fünfhausen 7.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Nur im Biophon!

Nur Erstaufführungen.

Das Geheimnis der Herzogin.

Fünf spannende Akte aus dem Leben der großen Welt.
Stella Arbenia. Agda Nilsson. Claus Tiedke.
Großer spannender Detektiv-Schlager — **Joe Deebs.**

5 Akte. **Gentleman-Gauner.** 5 Akte.

Erich Kaiser-Titz, Karl Beckersachs, Uschie Elliot, Sophie Pagay.

Zeitfilm. (10429

Fernruf 1359. **Zentral-Theater** Johannisstraße 25.

Nur noch bis Montag! (10437

Ein weiblicher Trapper in
Die Rätsel Afrikas
Die Tochter der Löwen-Göttin
Raubtiere in freier Wildbahn.
Sensationsdrama in 5 Akten.

Die schwarze Schachdame
Detektivfilm mit **Max Landa** in 6 Akten.

Unser neuer Schlager!
Fatty
als Don Juan.
Groteske in 2 Akten.

Der große Erfolg

ist ein schlagender Beweis unserer Leistungsfähigkeit!

Wir empfehlen:

Rohnessel extra schwer	Meter	75 ₰
Hemdentuch gute Qualität	Meter	80 ₰
Hemdenbarchent la. Qualität	Meter	1.10
Hanstuch ungebl., für Bettlaken	Meter	1.60
Perkal für Oberhemden	Meter	1.30
Kleiderbarchent	Meter von	95 ₰ an
Hauskleiderstoff	Meter von	1.00 an
Rockfutteralen elegante Muster	Meter von	3.70 an
Schlafdecken 145×190 cm	Stück	2.30

Bettbezug la. Linon, 130×200 cm . **7.60**
Bettbezug Streifsatin 130×200 cm **9.20**

Damenhemden . . . . von **1.75** an

Beachten Sie bitte unser Schaufenster! (10454

Walter Griephan & Co.
Hüxstraße 74.

LACHEN LINKS
DAS WITZBLATT DER REPUBLIK
12 Seiten Mehrfarbendruck
PREIS 25 PFENNIG
Zu beziehen durch
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten",
Johannisstraße 46.
Jeden Freitag neu!

Staunen erregt
unser diesjähriger großer
Inventur-Ausverkauf
vom 5. bis 19. Januar.

Starke Schuhwaren Schaftstiefel, Arbeitsstiefel, elegante Damen-, Herren- und Kinderstiefel, Leder- und warme Pantoffel und Hausschuhe, eleg. Herrenanzüge, eleg. Hosen, gestr. Manchester- und Pilot-Hosen

Loden- und Manchester-Joppen, Winter- u. Gummimäntel, eleg. mod. Damen-Strickjacken u. -Jumper, Kleiderstoffe, Leinen, Betten, Unterzeuge, Aussteuern, Wäsche Hemdentuch, Nessel, Bettbezugstoffe, Streifsatin usw.

Reste — Abschnitte. 10459

Ehlers & Reetwisch
Holstenstraße 1. St. Petri 2 und 4.
Sie kaufen jetzt billig:
10 % Rabatt auf alle regulären Waren.
Fensterpreise netto!

Visitenkarten
werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Wichtige Lebensmittel billig!

Margarine . . 70, 60 und	55 ₰
Kokosfett in Tafeln . . .	62 „
Bratenfett „Elite" . . .	75 „
Talg	65 „
Kunstspeisefett	65 „
Amerik. Schmalz	90 „

Prima Wurstwaren äußerst billig
10460) in sämtlichen Filialen.

Lübecker Margarine-Centrale.

Die Firma
Wullbrandt & Co. G.m.b.H.
ist aufgelöst. Das Hausbrandgeschäft wird in bisheriger Form von uns unverändert weitergeführt. Wir empfehlen uns zur prompten Lieferung von

Kohlen, Koks, Briketts, Holz, Torf usw.
für Hausbrand, Industrie u. Bunkerei.

Unsere neuen Fernsprechanschlüsse lauten: 3840 bis 3843
(nach Geschäftsschluß: 3841 oder 3842).

Gebr. Röchling G.m.b.H.
Telegramm-Adresse: Kohlenröchling.
Kontor: Schüsselbuden 16. Lager: Kanalstr. 3-5.
Bunkerei: Untertrave 20, I. 10430

Fisch-Karbonade
Pfd. 60 Pfg.
Dorsch, Kabeljau.
Schellfisch, prima grüne Aale und Brachsen billig. (10444
Leb. Karpfen u. Schleie
R. Sager,
Holstenstraße 21.
Fernsprecher 897.

Weißes Schmalz
℔ 85 Pfg
Blasen-Schmalz
℔ 95 Pfg. (10438
Mehl
℔ 15 ₰, 10 ℔ 1.40 M.
Amerikan. Weizenmehl
℔ 18 ₰, 10 ℔ 1.70 M.
Grüne Erbsen
℔ 30 ₰, 10 ℔ 2.80 M.
Gelbe Erbsen
℔ 30 und 25 ₰
Weiße Bohnen
℔ 30 ₰, 10 ℔ 2.80 M.
Eduard Speck,
Hüxstr. 80 84.

Uhrenreparaturen
50% Ersparnis.
Saub. Arbeit, 1 Jahr schriftliche Garantie
Hermann Voß, Uhrmach.
Wakenitzmauer 3a,
b. Burgtor. (10386

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13. Fernsprecher 874

Heute und folgende Tage:
Der große Weltenschlager
Neuyork bei Nacht
Filmdrama in 6 Akten.

Was Neuyork an Lebensluxus, **Eleganz und Frauenschönheit** der oberen Klasse bietet, was sich in den dunklen Quartieren der Eastside abspielt, bildet den Hintergrund dieser Geschichte Neuyork, die Stadt der Wolkenkratzer, der Berge von Stahl, der Millionare, aber auch Neuyork, die Stadt der Romantik, der Tragödien, der Verbrechen und Sensationen: hier ist sie in all ihrer Mystik auf der Leinwand festgehalten.

Die Puppenklinik
Komödie in 4 Akten mit Hilde Hildebrand.

Das verliebte Seebad
Reitzendes Lustspiel in 2 Akten.

Anfang der Nachmittagsvorstellung 4.30 Uhr
Anfang der Abendvorstellung 7.30 Uhr

Auf unsere hervorragende Hauskapelle unter Leitung unseres Kapellmeisters **Franz Gödel** wird besonders hingewiesen. 10461

Schweinefleisch . . 1.00
Karbonade 1.10
Hammelfleisch 50 u. 60 ₰
H. Strohfeldt
Emilienstraße 16a.
Fernsprecher 1539.

Damenkleiderstoffe
in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,
F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg)
10283) **Etagengeschäft.**

Niedrige Preise!
Grosser Preisaushang im Schaufenster. 10458
Ludw. Hartwig, Obertrave 4.

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester

Sonnabend, dem 12. Januar 1924
abends 7½ Uhr: (10455

Großes volkstümliches
Konzert
im Gewerkschaftshaus.
Dirigent: **Karl Mannstaedt.**

Aus dem Programm: Tannhäuser-Ouvertüre, Liszt Rhapsodie, Freischütz-Ouvertüre, Aida-Fantasie, Wein, Weib und Gesang, Walzer. Der letzte Teil umfaßt Werke von Tschaikowsky. Eine große Polonaise, Walzer aus Eugen Onegin und **der Brand von Moskau 1812.**

Vorverkauf bei Buse, Borchert, Breite Straße. Barnekow, Hüxterdamm, Warenabgabestellen des Konsumvereins und im Gewerkschaftshaus.

Eintritt einschließlich Programm nur 30 Pfennige.
Der große Saal ist warm geheizt.

Kolosseum.
Morgen Sonnabend und Sonntag:
Großer Ball.
10462
Kassenöffnung 6½ Uhr. Joh. u. R. Mittag

Luisenlust.
Jeden Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.** 10463

Fledermaus
8 Uhr.
10207)

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr abends:
Der große Lacherfolg
„Muschi."
Lübecker Lokal-Operette in 3 Akten von Schmitz.
Im III. Akt der neueste Moderanz (10443
„Java-Trott"
getanzt von Herta Witt und Gerd Charlier.
Sonntag nachm. 3 Uhr
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen.
„Hänsel u. Gretel".

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 10101

Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 7.30 Uhr: Volksbühne **Gyges und sein Ring.** Rhodope: **Hildegard v. Zedwitz** vom Schauspielhaus Potsdam.
Sonntag, 11½ Uhr: **Geestländer Tanzkreis.**
3 Uhr: **Das gewandelte Teufelchen.**
7.30 Uhr: Gastspiel von Frau **Kent-Rothaug** vom Stadttheater in Hamburg als **Gilda** in **Rigoletto.** (10434

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom khw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (10420